

Arbeiterstimme

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Das „Arbeiterstimme“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Druckpreis: 1 Pf. pro Stück. Die 100 Hefen 2.50 Pf. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstr. 14. Fernruf: 210 65 (Nachl.); 210 67 (Tagl.).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Abzugspreis: 20 Pf. für den mit Höhe und Breite: 1 1/2 m. in Zeitl. Kontoführer: Arbeiterstimme des Sozialistischen Kultur-, Kunst- und Sportvereins Halle. Vertriebsstr. 14. Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 24. August 1931

11. Jahrgang Nr. 162

Gemeindearbeiter vor dem Streik!

Der Verrat darf nicht gelingen!

Gewerkschaftsbürokratie stimmt dem Lohnabbau zu — Vorbereitende Kampfausschüsse in Halle und Weiskensfeld gewählt — Einmütige Beschlüsse: Streik unter Führung der KPD

(Eig. Meld.) Berlin, den 23. August.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertretern der kommunalen Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften haben am Sonntagabend gegen 17 Uhr zu einer Einigung geführt. Die Senkung der Löhne soll nicht auf einmal vorgenommen werden. Bis zum 31. Oktober soll der Lohnabbau bis zu 4 Prozent durchgeführt sein. Gleichzeitig soll die Frauenzulage megalanti. Nach dem 31. Oktober sollen neue Verhandlungen über weitere Senkungen vorgenommen werden. Der „Vorwärts“ und die bürgerliche Presse berichten erleichtert und wörtlich fast übereinstimmend, daß „damit ein schwerer und gefährlicher Konflikt, der bei der heutigen Zeit unübersehbare Folgen hätte haben können“, beigelegt worden ist. Zugleich bemerkt der „Vorwärts“ noch, daß niemand wird beitreten können, daß auch „diese Vereinbarungen Härten enthält, und daß man wieder, wenn man notwendige Opfer fordert, zunächst an die Arbeiter gedacht hat“.

Die verschiedenen Gewerkschaften glauben, ihr schändliches Spiel gewonnen zu haben. Die „Neue Leipziger Zeitung“ schreibt dazu:

„Den Vertretern der Arbeitnehmer fällt die unankbare Aufgabe zu, vor ihren Anhängern und vor der kommunistischen Konkurrenz, die sich diese Situation zunutze macht, ihr Nachgeben zu rechtfertigen.“

Der „Vorwärts“ mag es nicht einmal mitzuteilen, daß der beschlossene Lohnabbau in der letzten Höhe nur bis zum 31. Oktober gilt und zu diesem Termin neue Verhandlungen über einen weiteren Lohnabbau festgelegt werden sind. Die Empörung der Gemeindearbeiter ist ungeheuer. Das geht aus den nachstehenden Meldungen ganz deutlich hervor.

Halles Gemeindearbeiter kampfbereit

Halle, den 24. August.

Am Sonntagabend fand im „Armenenrestaurant“ in Halle eine Versammlung der Arbeiter der hiesigen Betriebe statt. Ein Vertreter des Bezirkskomitees der KPD gab Bericht über den, durch die Gewerkschaftsbürokratie bereits „perilös“ gemachten Lohnabbau an den Gemeindearbeitern. In der Versammlung herrschte ein großer Mangel gegen die Gewerkschaftsbürokratie.

Wiederholt sprachen sich in der Diskussion die Gemeindearbeiter für sofortigen Streik aus.

Als Vertreter der kommunalistischen Stadtratsverwaltung trat zum Genosse Karl Küttich das Wort. Er betonte, daß sich die Kommunisten auch im Parlament mit allen Kräften für die Forderungen der Gemeindearbeiter einsetzen würden, aber die Entscheidung solle in den Betrieben selbst.

Ungeheure Empörung entstand als der Vertreter der KPD nachwies, daß die Forderungen des Gesamtverbandes von vornherein zum Lohnabbau bereit waren Klipp und klar geht das aus der „Arbeiterstimme“. Organ des Gesamtverbandes, hervor. In der kleinsten Schrift veröffentlichten dort die Forderungen in einem längeren Artikel, daß sie, um den Arbeitgebern entgegenzukommen zu zeigen, folgenden Vorschlag machten:

„Die Parteien empfehlen den Bezirksarbeitsgeberverbänden ab 1. Oktober 1931 Lohnsenkungen zu vereinbaren bis zur Höhe von 4 Prozent. Dabei dürfen die Löhne der „Erdarbeiter nicht unterschritten werden. Ob und in welchem Umfang Arbeitsgeberleistungen auf die Höhe dieser Lohnsenkung ergebenden Entlassungsentscheidungen angedroht werden sollen, bleibt der jeweiligen Vereinbarung überlassen.“

Diesem Vorschlag, die mit der Bereitschaft zum Lohnabbau nach Berlin führen, verzichteten im hiesigen „Volksrat“ die demagogischen Organe „Sturmfronten über den Gemeinden“ — „Alarm“ — 315 000 Gemeindearbeiter im „Arbeiterkampf“ um. Der Reichsarbeitsgeberverband mußte ja von allen guten Geistern verlassen sein, wenn er bereitwillige Lohnabbau nicht entsprechend schämen würde. Daß nicht nur die sozialdemokratischen Sozialen Reichsarbeitsgeberverband den Willen hatten zum brutalen Lohnabbau, sondern daß auch die Gesamtverbände selbst sich hinterprozentig für den Lohnabbau des Reichsarbeitsgeberverbandes, geht aus einer Erklärung hervor, die in einer internen Sitzung der Kräfte zum Hauptorgan des Gesamtverbandes, Schumann, abgab.

Schumann betonte, daß sein Gedanke an einen Streik zur Wahrung des Lohnabbaues sei, denn der Streik bedeute Stellungnahme gegen Brüning und unabsehbare Folgen. Ein Streik würde Kredit-

verhandlungen erschweren und zu neuen Kreditabstufungen von Seiten der ausländischen Geldgeber führen. Weiter würde ein Streik Auswirkungen auf die anderen, primären, Industrie- und Transportunternehmungen haben ...

Das ist eine offene Sprache. Am Interesse der Durchführung der Brüning-Politik, um Brüning nicht freie Hand für seine Konterrevolution zu lassen, deshalb wird jeder Kampf der Gemeindearbeiter sabotiert und dieselben Forderungen bringen eine Broschüre heraus: „Kampf den Notverordnungen“.

Die Bürokratie hat die Absicht, die Gemeindearbeiter vor vollendete Tatsachen zu stellen. In der Versammlung am Sonntag wurde bekannt, daß schon morgen Dienstag der Gesamtverband in Halle eine sogenannte Funktionärerversammlung der städtischen Betriebe um 18 Uhr im „Volksrat“ abhält mit der Tagesordnung: Bericht von der Lohnsenkung Verhandlung und Beschlußfassung!

Das schmeckt ihm, daß um 19.30 Uhr schon wieder eine andere Sitzung stattfinden soll, in der der Rote Stern Bericht über den Abbau der Sozialleistungen der hiesigen Krankenkasse.

In einundvierzig Stunden soll die Funktionärerversammlung (Zerfalls-Freunde) den ungeheuren Donnerschlag akzeptiert haben, damit am Mittwoch die Arbeitgeber wissen, die Gemeindearbeiter sind mit dem Lohnabbau einverstanden, am Freitag kann

abgezogen werden. Das Thema des Buchholz soll als Abklingungsmanöver dienen.

Die Arbeiter der Stadt Halle sind aber keineswegs damit einverstanden. Sie wollten am Sonntagabend einen vorbereiteten Kampfausbruch, in dem vor allen Dingen eine ganze Reihe Kollegen, die Mitglieder des Gesamtverbandes sind, ligen.

Einstimmig wurde folgende Entschließung von der Versammlung gefaßt:

„Die am 22. August versammelten Gemeindearbeiter von Halle befehligen sofortige Streikmobilisierung aller Betriebe. Die Forderungen des Gesamtverbandes wollen die Beteiligten vor fertige Tatsachen stellen. Die Versammlung brandmarkt aus schärfste den neuen, unerhörten Verrat der Bürokratie. Ueber die Köpfe der

Arbeiter! Kämpft gegen die Verbotshetze durch verstärkte Werbung für KPD und Klassenkampf!

Was ein bürgerlicher Journalist über die Netze gegen die KPD sagt

In der letzten Ausgabe der „Weltbühne“ schrieb Karl von Dillig ein Artikel „Klassenkampf“. Dieser bildet eine zünftliche Ausnahme zu der schmachvollen Hetze der vereinigten nationalen- und sozialistischen Front. Wir zitieren deshalb einige Sätze aus diesem Artikel.

„Zwischen ist das Bild dieser traurigen Vorgänge durch eine Kommunehetze verzerrt und verzerrt werden, wie mir seit langem nicht erlebt haben. Ja, alle innere Politik läßt in diesem Augenblick nur Kommunehetze zu sein und nicht mehr.“

Nirgends regt sich angeichts der Fülle von Gerüchten regierende Stiefel. Nirgends denkt man daran, die vom Reichspräsidenten ausgehenden Verleumdungen unter eine kritische Lupe zu nehmen. Nirgends erinnert man sich der blutigen Maitage von 1929, die bekanntlich mit vielen Ausnahmefällen begann und mit einer ausweglosen Politik in die Katastrophe endete ... Und niemand erinnert sich mehr der erst kurz Zeit zurückliegenden Epilobe, wo ein Schulpolitik in zwei im Dienstlichen Auftrag zwischen lernenden Demonstrationen gekickt hatte.

Die politischen Gerüchte dieser neuen Kommunehetze sind leicht zu finden. Den sogenannten Siegern vom 9. August ist nicht ganz wohl bei ihren Vorbeeren.“

Macdonald tritt zurück

Nationale Regierung von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten?

Die bürgerliche Morgenpresse weiß zu berichten, daß die Kabinetsitzung, die gestern Abend um 22.45 Uhr zu Ende war. Die geführten Reden ergaben das vorausichtige Resultat, daß unter der Führung der bisherigen Oppositionsparteien, der Liberalen und Konservativen, eine große Koalition aller Parteien mit Einschluß der Labour Party gebildet werden soll. Das Kabinett Macdonald wird heute seinen Rücktritt erklären.

(Eig. Draht.) London, 23. August.

Das englische Kabinett des Sozialisten Macdonald macht eine schwere Krise durch, die sich am heutigen

Sonntag besonders zugespitzt hat. Der Ernst der Lage kam schon am Sonntagabend durch zum Ausdruck, daß man mit der in England so hochgehaltenen Tradition, dem „Weekend“, brach und eine Kabinetsitzung einberief. Der englische König hat seinen Urlaub abgebrochen und ist 8 Uhr vormittags nach London zurückgekehrt. Der Premierminister war gleich am Vormittag bei ihm — und hat, wie geläufiglich betont wird, dem Monarchen geteilt, sich auch von den Führern der beiden Oppositionsparteien Vortrag halten zu lassen. („Berliner Montagpost“) Es waren dann auch gleich nachdem die Führer der Liberalen und Konservativen Sir Herbert Samuel und Baldwin beim König, 17 Uhr abends trat das Kabinett erneut zusammen und blieb bis 10.50 Uhr beisammen. Kurz vor 10.30 Uhr fuhr Macdonald noch einmal zum König und lernte nach einer Viertelstunde in das Kabinett zurück. 11.15 Uhr erschienen Baldwin, Chamberlain und Samuel in der Kabinetsitzung.

Rote Syonprier schwer verunglückt

(Eig. Draht.) Wuppertal, 23. August.

Die „Welt am Montag“ meldet: Ein Unfall ereignete sich in Wuppertal, der mit 100 Kommunisten befehrt war, die zum Sport- und Kulturtag nach Wuppertal wollten, geriet heute früh in Wuppertal ins Schleudern. Die Anhänger stürzten um und wurden über 100 Meter weit mitgeschleift. 12 Personen wurden schwer, 16 leicht verletzt.

Nach Mitteilung von Düsseldorf-Gesellen wurden 8 ins Krankenhaus gebracht werden. Die Verletzten sind zwar erheblicher Art, aber es scheint bei keinem der Verletzten Lebensgefahr. Die meisten Verletzten tragen am Schenkelbruch darunter. Einem Gesellen mußte die Hand abgenommen werden.

Es handelt sich bei der Krise darum, daß Macdonald das Budget-Defizit von 24 Millionen Mark dadurch ausgleichen will, daß er zur Hälfte neue Steuern erheben und zur anderen Hälfte Expanzions, besonders aus der Arbeitslosenversicherung, machen will. Damit sind nicht alle Kabinetsmitglieder einverstanden. Recht gehen die Verhandlungen dahin, ein Konzentrationstabinett zusammen mit den Liberalen und Konservativen zu bilden. (Große Koalition nach deutschem Muster) Sollten diese Verhandlungen scheitern, so muß Macdonald zurücktreten.

Das englische Beispiel zeigt, daß die Sozialdemokraten in allen Ländern für die den kapitalistischen Staates zu verfallen.

DierotenFrontenrücken an!

Roter Tag in Berlin!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. August.

Der Rote Tag im roten Berlin am gestrigen Sonntag gestaltete sich zu einem gewaltigen Massenauftauch der revolutionären Proletariats. Bereits lange vor Beginn des Programms war das Stadion in Reußlin gefüllt. Nach Meldungen der 'Welt am Montag' jagte Heinz Neumann, der Redner des Tages, daß man jetzt sämtliche Morde, Verbrechen und Diebstähle den Kommunisten in die Schuhe schiebe. Die Notverordnung lege über den Angegriffenen einen Mantel an, der es ihnen unmöglich mache, sich zu verteidigen. Erwidern möchte die Partei und die Frage, wann ein Sowjetdeutschland komme, sei jetzt eine zeitlich bedingte.

Riefenaufmarsch in Wuppertal

(Eig. Drahtm.) Wuppertal, 24. August.

Am Sonntag und Sonntag land unter ungeheurer Beteiligung in der Doppelnacht Wuppertal der rote Aufruf des Bezirks Niederrhein ein. Die Zahl der aktiven Teilnehmer dürfte ungefähr 45-50.000 betragen haben. Mehr als zwei Stunden dauerte der Vorbericht. Die beiden Sportplätze waren vor Eintreffen des Tages hoch gefüllt. Tausende bildeten Spalten.

Der, die am Sonnabend stattgefundene Eröffnungsfeierung in der Oberfelder Stadthalle mußte schon lange vor Beginn polizeilich gesperrt und drei weitere Versammlungsorte angegriffen werden. Mehrere 15.000 Soldaten waren von der Wuppertaler Wehrleitung beschickt worden. Der Verband der Arbeiterinnen ist ein massives Junges der unerschütterlichen Fronten der roten Arbeiter- und Sportbewegung und des Kommunismus.

Tag der politischen Gefangenen in Halle

Halle, den 24. August.

Am Anlauf des Tages der politischen Gefangenen fand in Halle eine wirkungsvolle Demonstration der Roten Hilfe und der roten Sportler statt. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen waren erschienen, um den hinter Gefängnis- und Justizhausmauern schmachtenden proletarischen Klassenkämpfern zu zeigen: "Wir kämpfen für euch und werden nicht ruhen, bis der letzte proletarische politische Gefangene befreit ist!"

Das erste Opfer der Mordheke

Am Donnerstag wurde, wie schon kurz gemeldet, der Genosse Willi Ehler in Hamburg meuchlings ermordet. Man fand ihn in seiner Wohnung fernungslos mit einem schweren Beschuß auf, an dessen Folgen er verstarb. Ein Genosse Ehler war ein bekannter Funktionär der Partei. Ohne Zweifel ist er das Opfer der bis zum Wahnsinn gesteigerten Mordheke der sozialistischen Journalisten gegen die Funktionäre der Partei geworden.

Die SPD-Presse ist mitschuldig an dem Tode des kommunistischen Funktionärs. Durch ihre wüste Mordheke hat sie die Atmosphäre mit geschaffen, aus der heraus tödliche Wurfgeschosse den Arbeiter Ehler wandelten.

Es müht dem 'Bormarsch' nichts, wenn er in seiner Freitagsabend-Ausgabe versucht, von der Mordheke der Berliner 'Roten Zeitung' abzuhängen und die SPD als unschuldig Verdrängte hinstellen. Die Arbeiterklasse vergißt nicht die Beschimpfungen durch die SPD-Presse, die jeden Kommunisten als Verbrecher bezeichnen und die Führer des revolutionären Proletariats, den Genossen Zehmann als Lumpenproletarier und den Genossen Neumann als politischen Hochverläder famuliert. Die revolutionäre Arbeiterklasse vergißt die Schmach und die Beschimpfungen, die man ihr angetan hat, nie.

30 SZLer erklären ihren Uebertritt zum Kommunistischen Jugendverband

„Nicht Arzt, sondern Totengräber des Kapitalismus wollen wir sein!“

(Eig. Meldung.) Wuppertal, 23. August.

Eine von Kommunistischen Jugendverband einberufene Jugendleiterversammlung wurde zum Handenommen der revolutionären Einheitsfront gegen die sozialistische Bürokratie, die Spalter und Feinde der Arbeiterbewegung. Den mit stürmischen 'Heil Rosa!'-Rufen entgegneten Ausführungen eines aus der 'Sozialdemokratischen Arbeiter-Jugend' ausgestretenen Funktionärs, der seinen Uebertritt zum Kommunistischen Jugend erklärte, folgte der glühende Uebertritt von 30 bisherigen Mitglieder der SZJ zum Kommunistischen Jugendverband. Weitere 13 parteilose Jungarbeiter erklärten ebenfalls ihren Eintritt. Die Erklärung der sozialdemokratischen Jungarbeiter anlässlich ihres Uebertritts hat folgenden Wortlaut:

oppositiven SZLer erklären auf Grund unserer eigenen Erfahrung, daß die Politik des 'kleineren Uebels' die Arbeiterheit insbesondere des Jungproletariats, ins völlige Verderben führt, daß sie das größte Uebel für die Arbeiterklasse ist.

„Der Leipziger Parteitag der SPD hat mit aller Klarheit gezeigt, daß die arbeitereindliche Politik der SPD in verstärkter Höhe weitergeführt wird. Der Parteitag prägte den Grundriss, nicht Totengräber, sondern 'Arzt des Kapitalismus' zu sein. Das bedeutet, daß die Partei- und Gewerkschaftsführer alle Kämpfe der Arbeiterklasse im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus weiter abwürgen und unterdrücken werden. Wir oppositionellen SZLer erklären dagegen:

Kurt Janke, bisheriger Vorsitzender der SZJ Oberhess., im Namen von 30 weiteren Uebergetretenen.“

Verboten! Verboten!

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzeifinck hat an den Internationalen Arbeiterverein, Berlin, folgendes Schreiben geschrieben:

„Die in Ihrem Verlage erscheinende Druckschrift 'Sturm auf Eisen' von Hans Marquardt wird hier den Verbot der Justizverwaltung auf Grund von § 2 Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Dämpfung politischer Ausstellungen vom 12. Juli 1931 in Verbindung mit der Verordnung des Ministers der Innern vom 18. Juli 1931 zur Ausführung vorgenannter Verordnung (S. 5. S. 133) polizeilich beschlagnahmt und eingezogen, weil durch ihren gesamten Inhalt, insbesondere in Verbindung des letzten Abzuges auf Seite 160 die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

93: Grzeifinck
Kommentar auf Grund der Robberordnung verboten!

Dreiharbeiterkreis im Dithmarschen

(Eig. Bericht.) Hamburg, 22. August.

Im Dithmarschen in Söhlemig-Hofftein sind die Dreiharbeiter in den Streit getreten, weil die Großbauern dieses Landstriches die Eöone um 20-25 Prozent abbauen wollten. Der Streit führt zur Führung des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstwirtschaftler die Streikfront stellt sich.

Neue Notverordnungen!

1.25 Milliarden Defizit bei Ländern und Gemeinden

Die bürgerliche Presse veröffentlicht am Sonntag die Meldung, daß die Reichsregierung eine neue Notverordnung zur Sicherung der Haushalte der Länder und Gemeinden für Mitte dieser Woche erlassen wird.

Trotz des Stillhaltenfortschritts und des monatlichen Aufbaus der Rüdigung der kurzfristigen Auslandskredite steht die Reichsregierung nach wie vor vor leeren Kassen. Ungehindert ist ein Defizit von 1,25 Milliarden Mark bei Ländern und Gemeinden zu verzeichnen.

Nach 'der Arbeiter' Müller folgt prompt eine Notverordnung, die einziehende Sparmaßnahmen für Länder und Gemeinden vorschreibt. Zwar werden die Einzelheiten dieser Maßnahmen, die sich ausschließlich gegen die wertvolle Bevölkerung richten, nicht in der Notverordnung enthalten sein. Dazu werden Ausführungsbestimmungen geschaffen, mit denen man selbstverständlich in viel stärkerer Maße die gegenwärtig einziehenden Sparmaßnahmen durchführen kann.

Selbst die bürgerliche Presse schreibt zu dieser neuen Notverordnung, „daß das Geldmangel auf diese Weise beseitigt wird, ist heute noch nicht zu übersehen.“

- Verleitet Manag muß der Streik unter Führung der SPD gegen die Arbeiterklasse geführt werden. Die Verarmung der Arbeiterklasse muß durch die Beschäftigung der Arbeiterklasse und ergänzt ist. Der Kampf ist für folgende Forderungen zu führen:
1. Kampf gegen jeden Lohnabbau.
 2. Niedrigelohnmache aller Beschäftigten: Arbeiter in niedrigeren Gehältern.
 3. Entlohnung der bereits entlassenen bürgerlichen Arbeiter.
 4. Wiederbeschäftigung der durch Einparung freigesetzten Stellen.
 5. Kampf für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.
 6. Entlohnung von Erwerbslosen auf Grund der verfürzten Arbeitszeit.
 7. Für die Wiedereingliederung der gekürzten Schwerkraftbeschäftigten, für freie Straßenbeschäftigung für alle bürgerlichen Arbeiter und für Arbeitsplätze.
 8. Für die Beschäftigung der Körperphysiologiegehalter der Biergewerkschaft, Stadträte, Direktoren usw.
 9. Für die Freigabe der Gehälter mit einer Höchstgrenze von 6000 Mark pro Jahr.
 10. Rüdigung der Entlohnung der den Kapitalisten gestandenen Gemeindefunktionen.
 11. Beteiligung aller Ausgaben der Stadt für Polizei, Kirche und bürgerliche Organisationen.
 12. Die Gehälter sind aufzulösen und die Werte der Stadt Halle werden in bürgerliche Hände übernommen.

Gewerbedirektor! Straßenbahnen von Halle! Jetzt gilt es, die Betriebe reiflos zu mobilisieren. Bereits werden Arbeiterzeitung und Arbeiterzeitung angebrocht. Derzeit werden für vom Lohnabbau bedroht: 1. Durch Minderzahlung der Stundenlöhne an die Köhne der Reichsarbeiter, 2. durch die auch die Reichsarbeiter betreffende Kürzung der Stundenlöhne um 1-4 Pfennige und Wegfall der Abfertigung für ein Kind, 3. durch Forderung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich.

In der Verarmung wurde wiederholt betont, daß eine Kürzung der jetzigen Hungerlöhne nicht tragbar ist. Dabei müßte ich mit euren Familien verurteilen. Schreitet zur roten Selbsthilfe, beschließt den Streik.

Wie uns mitgeteilt wird, ist auch in Weiskensfeld ein vorbereiteter Kampfausbruch gemacht worden, beschließt man in drei Orten des Bezirkes gelassen. Mobilisiert auf der ganzen Linie!

Mansfeld erwacht!

(Eig. Bericht.) Giesleben, den 23. August.

An der letzten Sitzung der Betriebsräte der Mansfeld-WG unter Führung der reformistischen Betriebsrat Mollenhauer eine Resolution, die von den Arbeitern des Metallwerkes zur Abstimmung vorgelegt worden war. Mollenhauer erklärte, daß ein Lohnabbau überhaupt nicht beschlüssig ist von Seiten der Mansfeld-WG, sondern daß Verhandlungen nur über die weitere Aufrechterhaltung der Betriebe im Ganzen sein Selbstverständlich werden sich die Mansfeld-Proleten auf diesem reformistischen Schwindler, der offenbar im Auftrag der Direktion der Mansfeld-WG verbreitet wird, nicht einlassen lassen. Deswegen bruden wir auch die von den Mansfeld-Kommunisten eingereichte Resolution ab. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Betriebsräte des Metallwerkes haben den Beschluß über die neuen Wohnbaumaßnahmen entgegengenommen und nehmen im Interesse der Beschäftigten jeden Lohnabbau ab. Der Betriebsrat erklärt, daß zur Aufrechterhaltung der Mansfeld-Betriebe ganz andere Maßnahmen ergriffen werden müssen. Es muß sofort eine Betriebsratslösung aller Mansfeld-Betriebe stattfinden, auf welcher folgender Antrag gestellt werden muß:

1. Alle Gehälter über 6000 Mark sind abzuhauen.
2. Entschuldigungsabbau aller Ausschüßräte.
3. Beteiligung aller Ausgaben für die Volkspolizei und den Antirebberkampf.
4. In den Mansfeld-Betrieben ist der Siebenhunderttag unter Tage bei vollem Lohnausgleich und die Zahlung der Löhne nach dem Stande vor dem Mai 1930 sofort durchzuführen. Der Betriebsrat beschließt deshalb, daß sofort in allen Mansfeld-Orten Vorkommnisse vereinbart werden durchzuführen werden, in denen zu der Frage des Lohnabbaus und zu diesen Forderungen Stellung genommen wird.

Die Schwindler am Branger!

Das JA der KPD zu der Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei

Vom Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands wird uns mitgeteilt:

Die KJ am Mittag vom 22. August 1931 enthält die Behauptung, daß während der Besetzung des Karl-Viehwechthaus in einem bisher verborgen gebliebenen Raum im Keller Adressenmaterial gefunden sei, auf Grund dessen Waffenlager der Polizei erfolgt seien. Diese Behauptung beruht auf reiner Erfindung. Bei sämtlichen während der Besetzung des Karl-Viehwechthaus vorgenommenen Hausdurchsuchungen einschließlich der letzten wurde entweder gar nichts oder lediglich alte Waffentatbestände vorgefunden. Irrenden Zusammenhang zwischen diesen Beschlagnahmen und angeblichen Waffenlagern der Polizei besteht nicht. Alle entgegengelegten Stellungnahmen sind ohne Bedeutung.

Einen besonders nichterheblichen Verstoß, die Kommunistische Partei zu verurteilen, stellt die Meldung des 'Bormarsch' vom 22. August dar, die die Entdeckung eines Waffenlagers in den Eisenbahnhütten zum Tübingen in die Schuhe zu schieben. Das sogenannte Waffenlager in der Tübingen Straße stellt selbst nach bürgerlichen Meldungen unerschütterliches Material aus der Kriegszeit dar. Die KPD hat nicht das Mindeste damit zu tun. Die 'Bormarsch'-Meldung stellt eine genau ebenso aus der Zeit gestrichene Verleumdung dar, wie diejenige, auf Grund deren der Angriff verboten wurde. Bei dem Eisenbahnhütten zum Tübingen befand sich unter den Waffengängen des Metallwerkes Tübingen in einem der verunglückten Eisenbahnhütten der Bezirksleiter des hiesigen Bezirkes der KPD, Reichsorganisationsleiter Wilhelm Roeder. Er nahm an den Rettungsarbeiten lange vor dem Eintreffen des Rettungstrupps der Reichswehr den aktiven Anteil. Allein diese Tatsache bezeugt zur Genüge die Unberühtheit einer Behauptung von Zusammenhängen zwischen der KPD und dem Eisenbahnhütten.

Alle diese Stellungnahmen dienen lediglich der Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei und der Ablenkung von den wahren Kisten des deutschen Volkes."

Rund um den Erdball

Kohlenstaub explodiert

1 Toter, mehrere Verletzte — Wo bleibt der Arbeiterschutz?

Zhikpau, 22. August. In der Zerkleinerfabrik II der Saugfänger Kohlenwerke, Grube Anna in Zhikpau, ereignete sich eine schwere Kohlenstaubexplosion, die ein Todesopfer forderte. Zwei Arbeiter wurden schwer und mehrere leicht verletzt.

Nach ca. 4.30 Uhr früh brach im Oberhaus des Werkes Feuer aus. Die Flammen griffen schlagartig auf die benachbarten Zellen über und führten in wenigen Minuten zu gewaltigen Detonationen. Sochs Schloße explodierten. Gleichzeitig wurde die Arbeit in der Fabrik des Gebäudes völlig auseinandergerissen und in die Luft geschleudert. Der Betrieb wird zwei Monate ruhen müssen, bevor er wieder arbeiten kann.

Es handelt sich auch in diesem Falle um eine der gefährlichsten Kohlenstaubexplosionen. Weltweit sind viele Ursachen von Verletzungen und Gewerbeinspektionen abgeleitet. Tatsache ist, daß die Arbeitgeber in den Betrieben dazu zwingt, die gefährlichen Vorschriften des Arbeiterschutzes außer acht zu lassen. Schutz gegen Kohlenstaubexplosionen kann nur die luftdichte Abdichtung der am Boden liegenden Mengen des leicht entzündlichen Staubes durch Gesteinsstaub oder die Vernebelung mit Wasser bieten. Das aber kostet Geld und Arbeitszeit. Für die Unternehmer ist es billiger, Arbeiterleben zu opfern.

Neuer Ozeanflug

Berlin, 22. August. Am Sonnabend startete vom Flughafen Tempelhof die Junkers-Walshine, die der erste Neuport-Berlin-Flieger, Levine, zum Atlantikflug benutzt hat, mit einem neuen Versuch zu einer Ost-West-Route über den Ozean. Die Maschine wurde eingehend überholt und bekam einen Kreiselpumpen- und Einblühdüsenantrieb.

Der Schupo als Bandenführer

Das geliehene Auto als Einbrecherfahrer — Diebstahliges Geheimnis — Suche nach den Komplizen

Köln, 22. August. Die Kölner Kriminalpolizei verfolgt seit langem Spuren einer Einbrecherbande, die geschickt und mit außerordentlichem Erfolg im Rheinland und Ruhrgebiet gearbeitet hat. In Köln, Düsseldorf, Bonn, Koblenz und anderen Orten der Gegend übten sich die größeren Einbruchdiebstahlbanden der letzten Zeit ausfallen. In diesen Tagen kam nun bekannter, daß ein Polizeioffizier in mehreren Diebstählen begünstigt war. Der Schupoermittler wurde festgenommen und legte ein Teilgeständnis ab.

In den Speziallisten der Bande gehörte Auto diebstahl, Schloßöffnen und Einbruch und Ladeneinbrüche in erster Reihe, die auch in unmittelbarer Nähe des Kölner Polizeipräsidiums vorgenommen wurden. Am vergangenen Sonntag schnitten drei Männer, die mit einem abgedunkelten Automobil vor einem Tabakgeschäft vorgefahren waren, das Schaufenster mit einem Diamanten aus. Einer stieg in die Ladung und reichte die Waren heraus. Eine durch eine Haustür verdeckte Frau konnte die Täter dabei beobachten und sich die Nummer des Kraftwagens merken. Der Wagen gehörte, wie nunmehr festgestellt werden konnte, einem Kölner Autoverleiher. Die Kriminalpolizei benutzte bei ihm eine Hausdurchsuchung.

Der Mann machte die zuerst unglaublich erscheinende Mitteilung, daß er im letzten Jahre der Schupozeit häufig Automobile zur Verfügung stellen konnte. Ein Vermächtnis sei regelmäßig bei ihm erschienen und habe für dreiwöchige Rationen Kraftwagen mitgenommen. Er habe ihm verboten, darüber zu sprechen, daß die Polizei sich seiner Wagen bediene.

Dem Verleiher sind dabei nicht die geringsten Bedenken aufgetreten.

Nach fand man den fraglichen Polizeibeamten heraus und setzte ihn fest. Nach fundamenen Vernehmungen wurde er dem Automobilverleiher gegenübergestellt, worauf er ein Geständnis ablegte. Inzwischen ist die Polizei seinen Komplizen auf der Spur.

Der Frauentopf in der Spree

Berlin, 22. August. In einem Seitenarm der Spree fanden Ammohner vor einigen Tagen einen in Zeitungspapier eingewickelten, weitgehend verrotten weiblichen Kopf. Sie verständigten die Polizei, die sofort die Nachforschungen aufnahm, um dem Verbrecher, das hier zweifellos vorliegt, auf die Spur zu kommen. Während man zuerst die Zeitungen für Thüringer Blätter hielt, stellte es sich nunmehr heraus, daß es sich um Berliner Zeitungen handelt, die aus dem März und April 1930 stammen. Die Wasserpolizei ist beauftragt, die Spreeufer nach den übrigen Teilen der Leiche abzusuchen. Es ist aber fast ausgeschlossen, daß die Nachforschungen zu einem Erfolg führen werden, denn vor allen Dingen handelt es sich bei diesem Seitenarm um stromloses Wasser. Schon oft besagten sich die Ammohner darüber, daß in der Spree treibende Verfallene hier herumgewälzt werden und die ganze Gegend verpestet. Es ist anzunehmen, daß mittlerweile die übrigen Teile der Leiche, falls sie überhaupt in die Spree geworfen wurden, in einer ganz anderen Gegend gelandet sind.

Auf der Verbrechersuche

Bahnattentäter und Eisenbahnräuber

Berlin, 22. August. Die Suche nach den Eisenbahnattentätern von Qütersog und nach den Räubern der Schöneberger Reichsbahnlinie gestaltete sich bisher trotz modernster Fahndungsmethoden völlig ergebnislos. Man hat bekanntlich von einer der modernsten Verhaftungsmethoden ein ganz modernes Plakat fertigt lassen, das die Abbildung der bei Qütersog verwendeten Sprengmaterialien und Zubehörteile enthält. Die Berliner Polizei gibt ihrer Meinung Ausdruck, daß es sich nicht um mehrere Attentäter handelt, sondern um einen einzigen Kraftstoffverlangenden Menschen. Sie meint, daß irgendwelche Helfer auf Grund der enormen Belohnung von 100.000 Mark sonst den oder die Täter längst denäusiert haben müßten.

Den Fut des einen der Schöneberger Bankräuber, der nun mittlerweile gefunden hat, stellt die Polizei, ähnlich wie es mit den Fänden an der Qütersog-Attentäterstelle geschehen ist, in einem Berliner Schaufenster aus. Bisher sind daraufhin viele Personen erschienen, die Aussagen machten. Auf wesentliche Spuren haben diese neuen Aussagen nicht geführt. Es hat sich im Gegenteil herausgestellt, daß die bisherigen Zeugen des Verfalls die Unterdrückung erschweren, da sie die anderen ebenfalls harmlosen Passanten, die sich selbst bei der Polizei gemeldet hatten, mit großer Sorgfalt beschreiben und als Teilnehmer an dem Verbrechen bezeichnen. Das gestaute Auto, das sich im Augenblick der Flucht der Bankräuber in Bewegung setzte, ist inzwischen gefunden worden. Es handelt sich um den Wagen, der einen der Bankbeamten aufnahm, um ihn bei der Verfolgung der Verbrecher zu helfen.

Der schwererwundene Geldhändler Arno ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Vor seinem Tode hat er ausgesagt, daß er vermutlich einen der Mörder mit einem roten Weste getötet habe. Falls diese Tatsache sich bestätigt, dürfte sie zur Auffindung der Beteiligten wesentlich beitragen.

Cholera in Hantau ausgebrochen

Moskau, 22. August. Nach einer Meldung des Telegraphenagents der Sowjetunion aus Hantau ist in Hantau die Cholera ausgebrochen. Die Choleraepidemie hat innerhalb der letzten 24 Stunden stark zugenommen und soll bereits 56 Opfer gefordert haben.

Wieder Raubüberfall auf Bankfiliale

Milano, 22. August. Am Sonnabendmorgen wurde auf die Filiale der Bank der Wohlthätigen Bank in Milano-Stellung ein Raubüberfall ausgeübt. Vier Männer führten in einer Raubdröckle vor dem Bankgebäude vor, drangen mit vorgehaltener Revolver in den Kassenraum ein und forberten von dem allein anwesenden Beamten die Herausgabe des Geldes. Der Beamte fuhr dieser Aufforderung nicht nach, sondern rief um Hilfe. Die Eindringlinge raubten 6400 Mark, bestiegen dann wieder den Kassenraum und fuhrten in Richtung Hamburg davon. Ein Motorradfahrer, der die Verfolgung aufgenommen hatte, mußte diese bald aufgeben, da er von den Anfalls des Wagens beschossen wurde. Die Räuber sind entkommen.

Vom Kriegsschauplatz

Kom, 22. August. Im Karstgebiet zwischen Goers und Trich finden augenblicklich die italienischen und deutschen Truppen an den von der König von Italien persönlich teilgenommenen Geruch. Es handelt sich um Geländebewegungen schnell beweglicher größerer Truppeneinheiten in waldigen Gebirgsgegenden.

Budapest, 22. August. Beim Rangieren auf dem Bahnhof Budaerstraße fuhr eine Lokomotive, die Wagen von dem Verlenungs Birmanens-Kaiserslautern abhängen sollte, los, heftig auf den haltenden Zug auf, daß 13 Personen verletzt wurden. Es handelt sich wahrscheinlich um ein Verlegen der Bremsvorrichtung.

Warum wir aus der SPD. austreten . . .

In den letzten Monaten haben Tausende von Sozialdemokraten ihrer Partei den Rücken gekehrt. Eine große Anzahl der interessantesten Austrittserklärungen und Austrittsbedingungen veröffentlicht die bekannte Halbmonatschrift „Der rote Arbeiter“ in ihrem jeden erschienenen zweiten Augustheft (Nr. 13), das ungenügend Wachsen erzeugt wird. Das Wort haben in diesem Heft Arbeiter und Arbeiterführer, die zum Teil länger als 20 Jahre der Sozialdemokratie angehört und nun den Übertritt zur SPD. oder zu den mit ihr sympathisierenden Organisationen vollzogen haben, z. B.:

- L. Harris, ehemaliger Polizeipräsident, 38 Jahre lang Mitglied der SPD.
- Wilhelm Laberke, Arbeiter, 22 Jahre lang Mitglied der SPD.
- August Kaiser, 10 Jahre lang Mitglied der SPD, zuletzt als hantlicher Landtagsabgeordneter und als Gemeinderatsmitglied.
- Susanne Jacobshagen, früher Stadtorbete der SPD.

Erich Meier, früher Führer der Spandauer SWJ. Desgleichen viele andere Mitglieder der SPD. und des Reichsbanners. Wie eine Einleitung zu diesem Teil des „roten Arbeiter“ wirft die Parole „SPD-Arbeiter, her zu uns!“, die der Herausgeber Willi Mühlhagenberg in einem großen Briefauslass „Zum 60. Geburtstag Karl Liebknechts“ auspricht. Auch die Beiträge von Arqus („Zum Kongress der Wirtschaftskritiker“), von Gerhard Lindner („Die SPD. wird immer lächerlicher“), und von Clara Zeilin („Margarete Wengels“) befaßten sich polemisch mit der Sozialdemokratie. Wirtschaftskritiker, Zeitgenossen, ein Literaturbericht und Antimorten ergänzen das wertvolle Heft.

Bezugswort: Wilhelm Mühlhagen, Berlin.

Folterungen in Indien

Ghandis Klagechrift — Rigorose Steuereintreibung — Mißhandlung von Frauen

London, 22. August. Ghandi verhandelt noch immer mit dem Vizekönig über die Bedingungen, unter denen er als Delegierter zur Konferenz am Runden Tisch nach London gehen wird. Seine Forderungen sind jetzt auf eine „unparteiische“ Untersuchung über die Zwangsmassnahmen beschränkt, die von den staatlichen Steuerbeamten bei der Eintreibung der Bodensteuer von den Bauern angewandt werden.

Um seine Forderungen zu unterstützen, hat er dem Vizekönig eine Klagechrift überreicht, die einige der begangenen Auswüchse zusammengefaßt hat, die monatlich mit den Steuerintreibern zusammengearbeitet hat, die auf Herausgabe dieses Dokuments sowohl durch die Ausübung des Terrors der Regierung in Indien wie auch durch die Notwendigkeit gezwungen, seinen eigenen schwindenden Einfluß auf die Bauern zu stärken.

Die Klagechrift stellt fest, daß in Dörfern in verschiedenen Teilen der Beteiligten Provingen im Verlaufe der Steuer-

eintreibung von den Besatzungen der Grundbesitzer Frauen mißhandelt und Männer gefoltert worden sind. Sie behauptet, daß diese Verhältnisse, wenn sie auch das Recht der Grundbesitzer zu sein scheinen, im Einverständnis mit den staatlichen Steuerbeamten und unter deren tatsächlicher Förderung erfolgen.

In einem Dorf durfte niemand Wasser aus dem Brunnen holen, ehe ein Teil der verlangten Zahlung geleistet war. In einem Dorke an der Nordwestgrenze trieb ein Grundbesitzer mit Hilfe der Grenzpolizisten alle Rothembden-zustimmigen zusammen, die ihre Bodensteuer nicht bezahlt hatten, und

schloß sechs von ihnen in einem Zimmer ein, das voller Horkissen war, die durch Rauch gereizt wurden. Als die Leute mit schrecklich verqualenen Gesichtern herausgelassen wurden, wurde ihnen gesagt, daß sie ihre Frauen verlaufen müßen, wenn sie für die Zahlung ihrer Steuern sonst nichts hätten.

An einem anderen Orte wurden die Rothembden gezwungen, mit über den Rücken gebundenen Händen in der Sonne zu sitzen und wurden mit Gewehrkugeln geschlagen, wenn sie einen Cent von sich gaben. Anfolge dieser Mißhandlungen brach ein Kreis zusammen.

Dies sind nur einige wenige der zahlreicheren Fälle von Folterungen, die in der Klagechrift angeführt werden.

Rollé Verbrecherjagd in Bronx

New York, 22. August. In dem New Yorker Stadtteil Bronx fand gestern Abend ein rollé Verbrecherjagd statt. Bei einem Gewand erholten drei Handien einen Polizisten und erlitten in einem auf sie wartenden Auto. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung auf. Stundenlang verfolgte man das dahinschleichende Verbrecherpaar. Es wurden dabei Hunderte von Schüssen gemeldet, die etwa 15 Passanten verletzten, darunter ein Kind tödlich. Nachdem einer der verfolgenden Polizeibeamten auf der Fahrt erschossen worden war, gelang es, die drei Verbrecher nacheinander in ihrem Automobil aufzufassen.



Aus der Arbeit der R.G.O.

„Vom Klassenbewußten Arbeiter zum Wertelasteten“

Über die Niederenergien des alten Christlages in Eisenbahn

U.A. Die Mansfelder „Volkzeitung“ brachte einen Artikel vom letzten bekannten Wilhelm Christlage unter der Überschrift: „30 Jahre Eisenbahner Gewerkschaftsartikel - Vom Heilsten zum freien Arbeiter - Den Alten zur Ehre, den Jungen zur Schmach“.

Der Artikel hat nicht nur in Eisenbahn, sondern im ganzen staatsbürgerlichen Land tief herbeigeklungen, teils aber auch scharfe Ausnahmestimmungen hervorgerufen, denn längst ist die Mansfelder Arbeiterfront dahinter gekommen, daß es ein elender Klump ist, wenn sich die Sozialisten nicht heute der alten Traditionen rühmen.

Wer wirklich der Alte geblieben ist, der Klassenkämpfer vom früher, der Reicht heute, der Reicht der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschafts-Exposition.

Der Reicht des Christlages ist äußerst mager. Er erwähnt einige Streiks vor dem Kriege und besonders hebt er den Kampf von 1909 hervor, 1909 - dann war es aber auch alle!

Wir haben im „Klassenkampf“ wiederholt die Parallelen gezogen zwischen 1909 und 1930. 1909 waren es konterrevolutionäre Landtage, die Antamerie und Kanallerie aufwachen ließen gegen die streikenden Kumpels - 1930 waren es sozialistische Regierungspräsidenten, Bürgermeister und Landräte, die Polizei einsetzten und der Mansfelder Hilfe hatten!

Wir müssen nicht deutlicher werden und die Szenen, die sich während des Streiks abspielten, hier beschreiben. Das Verhalten der Polizei hat heute nicht freier werden, die Polizei geht immer human vor. Wenn der „Klassenkampf“ etwas anderes schreibt, dann hebt er nur...

Die Mansfelder Arbeiter wissen schon, wozu sie sind, wenn die Polizei und der letzte Streik erwähnt wird. Der neue Lohnraub, der jetzt in Hunger-Mansfeld mit Hilfe der Gewerkschafts-kongressführer durchgeführt werden soll, hat eine Stimmung geschaffen, die die Botschaft am besten kennen. Denn sie wissen sich ja, vor dem Scheitern des Streiks und dem neuen Lohnraub. Für die Sozialisten von heute heißt nicht die Arbeit, sondern „Vom Heilsten zum freien Arbeiter“, sondern „Vom Heilsten zum freien Arbeiter zum Wertelasteten“. Sozialistische Epitaphien waren es, die den Streikbruch von Mansfeld organisierten und sie sind jetzt wieder dabei, neuen Verrat zu üben.

Die Mansfelder Kumpels werden sich ab von dieser Verrätergehilflichkeit und schließen sich der Revolutionären Gewerkschafts-Exposition an. Ein neuer Streik wird vorbereitet und die Klassenfront wird geschlossen für den roten Bergarbeiterverband und ein rotes Kartell wird die Traditionen des Eisenbahner-Gewerkschaftsartikels fortsetzen.

Immer neue Opfer des Profits

Rüstung bricht zusammen - Vier Arbeiter stürzen ab

Am 20. Juli wurde ein Arbeiter durch ein Unfälle an der Rüstung verletzt. Dabei wurde die Rüstung zusammen und vier Arbeiter stürzten ab. Ein Schweißarbeiter wurde nach halle ins Krankenhaus transportiert. Wie uns mitgeteilt wird, wurde, während der Polizei-Überwachung, die zusammengebrochene Rüstung entfernt, eine Kommission erdienten vor. Die Geschichte scheint also einen Fortschritt zu haben. Wir werden noch einmal auf die besonderen Zustände in der genannten Bude zurückkommen.

Skandalöse Zustände auf der Bahnmeisterei Schleußing

U.A. Bei der Streckenformale passieren ständig Unfälle. Vor drei Wochen wurde einem Kollegen die Behe gequetscht. 14 Tage später einem andern der Finger. Rein Betriebsrat ließ sich sehen. Aber als vor ein paar Tagen dem Sohn des Betriebsrats eine Schiene aus Bein fiel, da kam er schnell und schlug Rüstung. Für ein Mann hat drei ganze Wochentage voran. In der Bude keine Zeit, aber Zeit zum Essen. Eventuell fehlt der Dien, um bei Regen die Sachen trocken zu können. Die Kollegen haben schon oft Abhilfe erlangt. Der Betriebsrat kümmert sich nicht darum. An den Kollegen liegt es jetzt, eine geschlossene Front zu bilden gegen diesen Betriebsrat und die Zustände selbst zu ändern. Ihnen in die Rüstung! Welt den „Klassenkampf“!

Der Pleitegeier über dem schändlichen Gewerkschaftsartel

U.A. Immer mehr und mehr geht der Einfluss der reformistischen Gewerkschaftsböden in den Arbeiterkreisen zurück. Katastrophal sind die Auswirkungen dieser sogenannten „freien Gewerkschaft“ in den Verbänden. Über 50 Prozent der Mitglieder der Verbände sind abgeplungen, Hunderte von Kollegen sperren die Gewerkschaftsbeiträge, weil sie eingesehen haben, daß sie von den Sozialdemokraten verrotten und verkauft wurden.

Im Selbstschutzverband zeigt es sich am besten, wo die Arbeit hinget. Wir haben schon des öfteren in der Zeitung berichtet das Verhalten dieser „Arbeitervertreter“ geburdamarkt. Jetzt arbeiten die Vorstände der Gewerkschaften daraufhin, Veränderungen mit den Unternehmern zu treffen, nach denen nur in der vorantastenden Gewerkschaften organisierte Arbeiter einzusetzen werden sollen.

Wieder ein Schlag gegen die Rüstung, der jedoch, genau wie jede Maßnahme vorher, an dem Kampfmittel der Kollegen scheitern wird. Noch trauriger sieht die Sache in den anderen Verbänden aus.

Der Metallarbeiterverband ist trotz der jetzt tariflosen Zeit nicht in der Lage, überhaupt nur eine Besetzung abzuhalten. Ein Zeichen, wozu ein Arbeiter noch für die Tarifschlichtung der Botschaften übrig haben. Am Holz- und Fabrikarbeiterverband herrscht ein Drunter und Drüber. Auch der Bergarbeiterverband befindet sich in heller Auflösung. Wenn die arbeitslosen Kollegen auch hier Beiträge entrichten müssen, dann läßt der Vorstand schon lange auf sich zu.

Kollegen! Dieser kurze Bericht zeigt, wie weit die Auflösung der Verbände schon gediehen ist. Willt aller Macht werden wir einen Sturm entfachen, der die Botschaften wie Spreu vor sich herzieht. Nicht nur und selten, die auch der letzte sozialdemokratische, der letzte indifferenten Arbeiter in unseren Reihen nicht. Deshalb der zur Rüstung haben in den Verbänden außerdem die letzte Oppositionsarbeit geleistet.

Weißenfeler Gemeinde-Arbeiter:

Nicht Unruhe, sondern Kampfwille

Große Erregung bei den Weißenfeler Kommunalarbeitern - Ein Betriebsleiter fühlt sich als ungeliebter König - Nur der offene Kampf unter Führung der RGD kann helfen

U.A. Die Gemeindearbeiter sind eine der am schlechtesten entlohten Arbeitertypen. Ihre Bezahlung geschieht nach acht Gruppen, davon sind drei für Frauen und fünf Gruppen für Männer vorgesehen. Schon in dieser großen Gruppenunterschied liegt eine Unruhe, denn die meisten Arbeiter nicht nach der höchsten, sondern nach der niedrigsten Gruppe entlohnt werden. In Weißenfeler werden die meisten männlichen Arbeiter nach der Gruppe 4, in der jetzt ein Stundenlohn von 72 Pf. bezahlt wird, entlohnt, die meisten Frauen nach der Gruppe 8 mit einem Stundenlohn von 47 Pf. Der Lohn in einer Woche beträgt somit bei männlichen ledigen Arbeitern circa 28 M. und bei ledigen Frauen ungefähr 17 M. pro Woche. Bei Verheirateten kommen noch 3 Pf. Zusatzlohn und 3 Pf. Zulage pro Kind und Stunde dazu. Dabei ist Weißenfeler nach der Lohnklasse 4, wie ichleht nach es erst in den anderen Orten auszuweisen, die in anderen Klassen sind.

Angesichts dieser schändlichen Entlohnung gibt es natürlich noch Kommunalbürokraten, denen diese Entlohnung zu hoch ist und die bei allen Möglichkeiten Abzüge machen wollen. So wurden in Weißenfeler vorige Woche einige Frauen, die im Tiefbauamt beschäftigt waren (Straßenkehrer) wegen angeblichen Arbeitsmangels nach Hause geschickt für einen ganzen Tag.

Obwohl nach dem Tarif dieser Tag zu zahlen ist, lehnt der Betriebsleiter die Bezahlung ab und verlangt, daß er bezahlt wird, was im Widerspruch mit seiner vorgeschriebenen Zahlung, dem Personalamt, das sich für die Bezahlung ausgesprochen hat!

Der Betriebsrat erhält jedoch von diesen Dingen keine Kenntnis, der Betriebsleiter selbst weiß, wer recht ist und seinen Entlohnung in seine Karten führt als seine sozialdemokratischen Verbandsfunktionäre Bauer und Müller. Was interessiert den Renegaten Müdel die Interessen der Gemeindearbeiter und seiner Betriebsratskollegen. Er macht Ferien und nachher wird er die Geschichte schon schmeißt. Es ist Pflicht des Gesamtbetriebsrats, sich gegen die Verhältnisse zu wenden, es nur einen Betriebsratsvorsitzenden, aber keinen Betriebsrat gibt, schärfsten Protest

einlegen. Vor zwei Wochen feilte auch der Betriebsleiter der Gartenverwaltung einem Betriebsratsmitglied mit

damit Sie Befehl wissen, in nächster Zeit kommt ein Lohnabbau von 20 Prozent!

Die sozialdemokratischen Betriebsräte, die sicher durch die Gewerkschaft von einem geplanten Lohnraub Befehl wissen, halten es nicht im geringsten für notwendig, die Befehlskraft zu informieren, weil doch die sozialistischen Kommunalbürokraten die besten Förderer des Lohnabbaus sind. Den Kommunisten sind durch den Ausschluß aus dem Gesamtverband diese sogenannten offiziellen Quellen verschlopi, sie erfahren nur durch die Aussagen von den geplanten Maßnahmen. Gemeindefunktionäre, drückt daran, mit welchen Mitteln die hohen Beamten entlohnt werden. Weißenfeler leidet hier den Luxus zweier Betriebsräte mit zusammen 36 000 Mark Jahresgehalt (20 000 und 16 000 Mark). Weißenfeler bezahlt aber auch drei Kammerer, wozu nur einer Dienst macht; für diese Position werden auch ein großer 26 000 Mark ausgegeben, daneben noch 40 Beamte, die ein Jahresgehalt von über 8000 Mark beziehen!

Wo bleiben die durchzuführenden Anträge der Kommunisten, allen Gehältsplänen über 8000 Mark 25 Prozent abzuhängen, dieser Antrag wurde hoch feinerzigt angenommen? Es waren bürgerliche und vor allen Dingen laiensozialistische Anträge, die die Durchführung ablehnten! Wo bleibt der im Stadtparlament angenommene Antrag der Kommunisten auf Rücküberführung des Lohnabbaus im Frühjahr dieses Jahres? Wir fordern Gehaltsabbau bei allen höheren Beamten, aber Lohnzulage bei der ledigbüchenden Arbeiter. Diese Dinge können natürlich nur durch Kampf erreicht werden.

Gemeindearbeiter, mol! ihr eure Lage noch mehr verschärfen lassen? Seht euch vor! Kampf unter revolutionärer Führung gegen einen neuen Lohnraub!

Wo gearbeitet wird, geht es vorwärts
Der Genosse Wilhelm Döring sammelte im Betrieb Brenzberg-Brauerei in der roten Gewerkschaft 16,20 Mark. Ein Beispiel für alle Genossen!

Neuer Generalangriff in der Chemie

Ungehörte Vorköße der Gistlönige auf die Lebenserhaltung der Arbeiterchaft - Mobilisiert die Chemieproleten zum Kampf

U.A. Neue, ungehörte Schläge prallen auf die Chemiearbeiterchaft herab. Nachdem die Chemiegigantien in die ihren Betrieben beschäftigten Proleten durch die raffiniertesten Manöver unter die Grenze ihres Existenzminimums führten, gehen sie jetzt den über, das Einkommen der Chemieproleten auf eine Stufe mit den übrigen Lohnarbeitern zu senken. Die Chemiebetriebe nicht zum Kampf aufzurufen, unweigerlich das unerschütterliche Glied zur Folge haben wird.

Die Weitzener Städtische Belegschaft, der zum großen Teil vor einigen Monaten mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und brandstiftenden Betriebsräte die 40- bis 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich übertragen wurde, die ebenfalls zum Teil 100prozentige, also gänzliche Entziehung der Prämien- und Abfordbesätze, Kürzungen der Gist-, Staub- und Dingesalge über sich ergehen lassen mußte.

Es liegt jetzt vor neuen Maßnahmen und vor der Einführung der 32-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Die Vorköße, die unter dem Protektor eines brandstiftenden Betriebsvorsitzenden James P. Fräntzen und Mitfortkämpfern hinnehmen, die nämlich in Lebensgefahr stehen, was durch das letzte Sprengstoffunfall, wobei zwei Arbeiter durchfallig getötet wurden, erneut bewiesen wird, stehen ebenfalls vor der erneuten Arbeitseinstellung.

Die Zellulosebetriebe hat bereits eine Arbeitseinstellung von 6 auf 3 Tage, also einen Lohnraub von 50 Prozent erfahren. Weitere Betriebsabteilungen werden folgen!

Die Gummi-Belegschaft, die gegenwärtig wegen der Raubhölzerung und der verärrten Nachfrage nach einigen anderen Artikeln wie Gartenlaube und voll arbeitet, ist trotz des im Verhältnis zur Weltmarktlage einmengen guten Geschäftsganges der ammierte ebenfalls nicht von Abfordbesätzen verschont geblieben.

Die Werksleitung der Firma Singel & Co. („Sibol“) ist vor einigen Wochen an den Arbeitern der Sibol-Belegschaft wegen einer erheblichen Arbeitseinstellung, die teilweise einem Lohnraub von 30 Prozent gleichkommt, herangetreten. Trotzdem die Belegschaft unter Führung der roten Betriebsräte sofort Kampfmaßnahmen ergriß, scheiterte die Auslösung des Kampfes an der gewerkschaftsgeilicheren Einstellung des Betriebsratsvorsitzenden und einiger Kampfausdümmertübler.

Zon ist die gegenwärtige Situation, in der sich die Chemiearbeiterchaft des Industriegebietes Westfalen befindet. Die Wochenlöhne von 15-20 M. für Männer, von 8-12 M. für Frauen werden die Folge dieses ungehörten Lohnraubes durch die Chemiegigantien sein.

Verhängnisvolle Ausbeutung durch brutale Antreibung der von Gistgärrern zermürbten, unternährten Proleten ist das Resultat des profitierenden Chemiekapitals zur Überwindung der von ihnen herbeigeführten Wirtschaftskrise.

Die Fraul, Schwafer, Bestiner, Bode und die Heilgenisten an Körper des betroffenen kapitalistischen Systems. Bedingungslos befürworten sie durch stillschweigende Annahme alle Verlesungmaßnahmen den Raub an der proletarischen Arbeiterchaft! Sie sind nicht nur Däuber, sondern eifrige Verfechter des kapital- und menschenverachtenden Kapitalismus!

An alle Ortskomitees der RGD!
Genossen, lenket sofort alle Fragebogen zur Reichsgegenkontrollen der RGD an das Bezirkskomitee der Bezirks-Jugendkommission.

Sie sind die Handlanger der Wirtschaft des Kapitalismus führenden Bräutigam und Preußenregierung und somit die Henker der Arbeiterchaft!

Hervorgegangen aus der Arbeiterbewegung, nutzen sie ihre Erfahrungen, die sie als jahrelange Funktionsinhaber sammelten, aus, die revolutionäre Arbeiterchaft niederzuliegen.

Wiel sie wollen, daß die Arbeiterchaft unter revolutionärer Führung die militärisch erziehen wird, sind sie anfänglich bemüht, die Grenzen vor den „Böden“, die Betriebsrätern von den Erwerblichen zu trennen.

Kämpfer und Bode führen aus Angst vor einem revolutionären Kampfgebühren nur auf Abteilungsversammlungen im Wert durch. Während Bode seine Absichten für diese seine verbrecherische Taktik verheimlicht, erklärt Kämpfer frech und zynisch in den Abteilungsversammlungen, daß er in Zukunft keine Abteilungsversammlungen abhalten, der Werke durchzuführen wird, um „Sparungen“ der Verammlungen durch die Erwerblichen zu verhindern!

Bemut unternehmen diese „Auchkommenisten“ (sprich: „Sozial-fachlichen“) Spaltungsversuche an der Arbeiterchaft und oben kommt dem jungerichtig der herrschenden Klasse den Weg. In derselben Linie liegt ihre Verbrecherhaft, die sie zum Selbstmord spielen.

Chemieproleten, lints wird geteilt! Euer Stammern ist die RPD und RGD!

Es gilt, den Einfluß der reformistischen Streikbruchgewerkschaften, den Einfluß der brandstiftenden Niederquintalgenen in der Arbeiterchaft und Betrieb zu zerbrechen. Die Zerlegung des kapitalistischen Hungerrechts, die Befreiung der Arbeiterchaft aus Not und Elend geht über die Mobilierung der Millionen Ausbeuteten von der sozialistischen SPD- und Gewerkschaftsbürokratie und die brandstiftlichen Kapitalistjäger hinweg!

Rote Selbsthilfe heißt Streikfremdung der Betriebe gegen Lohnabbau und Entlassungen, Offensive in den Gewerkschaften, Schaltung des Bündnisses mit den Erwerblichen selbst fämpfen und liegen!

Auf 8 Jun arbeiterinnen - 1 Antreiber

Wie in allen kapitalistischen Betrieben die Jungarbeiterinnen unter der großen Ausbeutung und Unterdrückung ihrer Arbeit verdrängen müssen, so ist auch die Film-Bollen vor allem interessiert, möglichst viel Jungarbeiterinnen zu beschäftigen. Von rund 2000 Beschäftigten bei Film-Bollen sind 1500 Jungarbeiterinnen.

Unter den größten Antreiberinnen und Schichten von leiten der Bollen geht die Arbeit vor sich, trotz des Wintermittens, wo man lo seine Arbeitsstelle gebunden ist, daß keine Minute Zeit für eine Beschäftigung mit den anderen Arbeitstagen über die Mithände, welche in dieser Bude herrschen, möglich ist. Auf acht Jungarbeiterinnen kommt eine Antreiberin.

Das geht ganz klar, mit welchen raffinierten Methoden hier gegen die Arbeiterinnen vorgegangen wird. In den Winterfeldern, wo die Arbeit für die Augen sehr schädlich ist, auch in den anderen Abteilungen, beträgt der Arbeitslohn für eine 18jährige Arbeiterin bei einer 40-Stunden-Woche nur 18 Mark.

Es kommt nicht selten vor, daß die Jungarbeiterinnen unter dem Tariflohn arbeiten müssen. Kommt bei der Arbeit ein Fehler vor, so wird dies vom Lohn abgezogen oder man bekommt eine andere Strafe.

So steht der „Augschub“ in Deutschland aus, wo es heißt: „Die Jugend ist vor Ausbeutung zu schützen!“



Riefige Schmiegelder in der „Devaheim“

Christlich-sozialer Bauparlament-Stand — 206 Kassen betrogen — Vektor als Hauptverantwortlicher

Die bürgerliche Justiz arbeitet vor

um die Solidarität der Arbeiter bei kommenden Streiks zu verhindern

Am Freitag brachte der „Klassenkampf“ die Meldung, daß die Mansfelder Arbeiter erneut vor einem Lohnkampf stehen. Ein weiterer Lohnkampf abzusehen. Doch ist der Streik nicht zulässig geworden und schon meldet sich der Staatsapparat, um von vornherein die Unterhaltungsleistungen der Arbeitererschaft unmöglich zu machen. Der Genosse Paul Müller, der während des vorigjährigen Mansfelder Streiks Leiter der Internationalen Arbeiterhilfe war, erhielt am 19. August d. J. einen Strafbescheid in Höhe von 1000 Mark oder 33 Tagen Gefängnis. In der Begründung dieses Strafbescheides heißt es:

„Am Freitag brachte der „Klassenkampf“ die Meldung, daß die Mansfelder Arbeiter erneut vor einem Lohnkampf stehen. Ein weiterer Lohnkampf abzusehen. Doch ist der Streik nicht zulässig geworden und schon meldet sich der Staatsapparat, um von vornherein die Unterhaltungsleistungen der Arbeitererschaft unmöglich zu machen. Der Genosse Paul Müller, der während des vorigjährigen Mansfelder Streiks Leiter der Internationalen Arbeiterhilfe war, erhielt am 19. August d. J. einen Strafbescheid in Höhe von 1000 Mark oder 33 Tagen Gefängnis. In der Begründung dieses Strafbescheides heißt es:

„Müller hat in nicht rechtfertigter Zeit im Bundesgerichtsbesitz Halle a. d. S. während des Mansfelder Streiks ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde eine öffentliche Sammlung zu Wohlfahrtszwecken veranstaltet. Das verstoßt gegen die Bundesstrafverordnung vom 15. Februar 1917.“

Es ist eigenartig, daß während sonst die Veranstaltungen der IAW sowie ihre Kindertruppe von dem Staatsapparat aufgeführt werden, gegen die Spieltruppe der IAW mehrmals Spielverbot ausgesprochen wurde, verläßt die holländische Staatsanwaltschaft in dem Strafbescheid die IAW zu einer Wohlfahrtsorganisation zu kempeln. Die revolutionäre Arbeitererschaft kennt keine Wohlfahrtsorganisationen, da wir keine Wohltaten empfangen, sondern nur unter Recht erkämpfen wollen. Offenbar beabsichtigt die holländische Staatsanwaltschaft mit der Zuteilung des Strafbescheides die Arbeitererschaft einzuschüchtern, um sie bei kommenden Streiks von Solidaritätsaktionen für ihre beiden Brüder abzuhalten. Dies geht schon allein daraus hervor, daß dieser unerhört Strafbescheid erst nach einem Jahr, unmittelbar vor einem neuen Kampf in Mansfeld erlassen wird. Von diesem Gesichtspunkt aus muß der Strafbescheid bemerkt werden. Wir rufen der wertvollsten Bevölkerung zu:

Man erntet recht Solidarität mit der kämpfenden Arbeitererschaft!

Der christlich-sozialer Bauparlament-Stand — 206 Kassen betrogen — Vektor als Hauptverantwortlicher. Der christlich-sozialer Bauparlament-Stand — 206 Kassen betrogen — Vektor als Hauptverantwortlicher. Der christlich-sozialer Bauparlament-Stand — 206 Kassen betrogen — Vektor als Hauptverantwortlicher.

Ermer hat die Geschäfte der Devaheim vollkommen überlassen. Er hat die Geschäfte der Devaheim vollkommen überlassen. Er hat die Geschäfte der Devaheim vollkommen überlassen.

Über die Verantwortlichen an diesem die evangelische Kirche schwer kompromittierenden Devaheim-Standard macht das „Berliner Tageblatt“ dem Sonntag u. a. folgende ausführliche Mitteilung:

Der eigentliche Verantwortliche neben Jappel der bisher nicht verhaftete Vektor Ermer. Er war bekanntlich Aufsichtsratsvorsitzender der Devaheim neben seinem derzeitigen einflussreichen und verantwortungsvollen Vorgesetzten in der Hilfsstelle und im Zentralauschuss. Vektor

angehörliche Summen an Schmiegeldern ausgeführt hat, um zu vermeiden, daß die Unregelmäßigkeiten in Devaheim-Konten usw. ans Tageslicht kamen. Nach oberflächlichen Schätzungen der Buchhalterinnen dürften die Schmiegelder und Sonderprovisionen in die Millionen betragen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß eine große Zahl derartiger Gelbergaben überhaupt nicht zur Verbuchung kam.

Schmiegelder in Höhe von 10.000, 20.000 und auch 60.000 Mark waren gar keine Seltenheit. Anständige Leute aus der Verwaltung des Zentralauschusses, die verurteilt haben, dem Vektor Ermer (von dem im Jahre 1929 und 1930 das Handwerk zu legen, ihm nicht nur in der üblichen Weise verurteilt worden, sondern er hat es auch bei seinen Entlassungen bei der maßgebenden Staatsbehörde verhandelt, aus ihrer Positionen zu verdrängen und durch die Verleumdungen mundtot zu machen. Neben dem eigentlichen Devaheim-Standard wird noch u. a. eine Affäre von der Staatsanwaltschaft untersucht, die geradezu unwahrscheinlich anmutet, wenn sie nicht Tatsache wäre: Der Hauptbuchhalter K. H. J. von der Hilfsstelle hatte im Laufe seiner Tätigkeit Unterhaltungen bei der Hilfsstelle in Höhe von 530.000

Erfolgreicher Anfang

In Halle sind am Sonnabend und Sonntag 60 neue Abonnenten gewonnen worden. An der Werbung beteiligten sich nur wenige Genossen, da die Hauptwerbung noch nicht begonnen hat.

Nachstoßen!

Die Meldung aus Halle muß ein Ansporn für alle Ortsgruppen, für alle Genossen sein! Hin- und her zu arbeiten, um die Werkschritte zu fördern, die die Arbeitererschaft zu erwarten haben!

Obwohl die leitenden Direktoren der Hilfsstelle über die Unterhaltungen genau informiert waren, haben sie gegen K. H. J. als er später nach Berlin zurückkehrte und mit Enthüllungen über die Zustände bei der Hilfsstelle drohte, noch 26.000 Mark überreicht.

Jät heute genug. Was folgen nun die Mitglieder über das Schicksal der beiden Vektoren Ermer, der bisher nicht verhaftet ist? Die christlich-sozialer Bauparlament-Standard wird noch u. a. eine Affäre von der Staatsanwaltschaft untersucht, die geradezu unwahrscheinlich anmutet, wenn sie nicht Tatsache wäre: Der Hauptbuchhalter K. H. J. von der Hilfsstelle hatte im Laufe seiner Tätigkeit Unterhaltungen bei der Hilfsstelle in Höhe von 530.000

Notverordnung fördert die Brotpreissteigerung

Kämpf mit dem roten Konsumverein gegen Massennot und Teuerung!

In der Reihe der vielen Notverordnungen der Brüning-Regierung erlassen am 6. August auch eine Verordnung mit dem Titel „zur Erleichterung der Getreidebewegung“. Sofort zeigen sich die Auswirkungen. Dem gleichen Tage an verteuerte sich das Getreide an der Berliner Börse wie folgt:

Weizen	Roggen
6. August 185.—M.	144,50 M. pro Lonne
12. August 204.—M.	162.—M. pro Lonne
14. August 220.—M.	169.—M. pro Lonne

Stärkeerzeugnisse in Weizen werden an der Börse bereits mit 222.—M. gehandelt, Roggenlieferungen mit 188.—M. pro Lonne. Das ist eine Preissteigerung von 25—30 Prozent innerhalb weniger Wochen. Die gleiche Entwicklung zeigt sich auch in den Preisen für die verschiedenen Sorten von Getreide. Die Notverordnung hat 150 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, den Großhändlern werden billige Kredite gegeben, den Verfrachtern aber wird das Brot verteuert. Brotwägen in einer Zeit, wo die Angehörigen auf die Löhne und Gehälter, auf die Unterhaltungen immer tollere Forderungen anstellen.

Auch die Fleischpreise haben in den letzten Wochen um 20—30 Prozent angezogen. Ebenso ist die Butter im Preise gestiegen, alles Anzeichen für eine weitere allgemeine Preissteigerung. Es ist eine Verheißung der Arbeitererschaft, wenn die Bourgeoisie und ihre Agenten, die Sozialfaschisten, von der Notwendigkeit eines Preisstopps zu sprechen kommen.

Die Arbeitererschaft muß sich gegen diese Ausplünderungsmaßnahmen auf das entschiedenste zur Wehr setzen, wenn die Verelendung der wertvollsten Schichten nicht noch größerer Formen annehmen soll. Dazu bedarf es des Einflusses und der Unterstützung der organisierten Kräfte, die der Arbeitererschaft zur Verfügung stehen. Auch an dem obigen Beispiel wird erneut der Schwund der reformistischen Genossenschaftsbürokratie sichtbar, die der Arbeitererschaft vorzuschlagen mag, daß mit Hilfe der

Konsumvereine die Teuerung bekämpft werden kann. Wenn durch Diktatorverordnungen einfach diktiert wird, die Getreide- und Weizenpreise in die Höhe zu setzen, können auch die Konsumvereine kein billigeres Brot liefern. Sie können ihre Ausgaben nur als ein Organ des Kampfes der Arbeitererschaft erfüllen. In der Notverordnung der Brüning-Regierung, die die Unterhaltung der Kämpfe der Arbeitererschaft. Weil der allgemeine Konsumverein Halle unter Führung der kommunikativen Verwaltung konsequent diesen Weg eingeschlagen hatte, deshalb die von den Sozialfaschisten und Knegeleuten eingeleiteten Maßnahmen, das Arbeiterunternehmen zu gefährden. Der Arbeitererschaft sollte eine der mächtigsten Waffen im Kampfe gegen Massennot und Teuerung aus den Händen genommen werden.

Dieser Plan ist auch heute noch nicht aufgegeben, zumal den Gegnern ja bekannt ist, daß der IAW in dieser Zeit der Wirtschaftskrisis und der Finanzkrise auch nach Abbruch der Bergbauverträge noch große Schwierigkeiten zu überwinden hat. Ein neuer Vorstoß ist die Forderung des Finanzamtes an den IAW,

für die zurückliegenden drei Jahre einen Betrag von rund 330.000 Mark an Kapitalertrags- und Körperschaftsteuer nachzubahlen.

Während den Kapitalisten Hunderte von Millionen Mark gegeben werden und gänzlich gefehlt werden, soll hier der IAW gerade über ein Gesamtvermögen von 30 Millionen Mark, das die Steuerbehörden diese Summe einzutreiben verlangen, wenn sich nicht die Arbeitererschaft schäufend nur ihr eigenes Unternehmen stellt.

Auch die sozialdemokratische Spaltratsorganisation, die von GGG-Gründen gegründete „Konsum- und Sparvereine“, sucht nach zu verbreiten. Sie hat in Halle selbst und in Teicha zwei neue Ämter eröffnet. Die dort angelegten GGG-Produkte können aber den schamlosen Verrat der Sozialfaschisten gegenüber der Arbeitererschaft nicht vergessen machen. Alle an der Arbeitererschaft verübten Verbrechen haben sie stets die höchste Billigung und Unterstützung der Sozialfaschisten gefunden. Innerhalb ist, mit welchen Mitteln die Genossenschaftsbürokratie und ihre Agenten, die Schaumburg, Müller und Genossen, den Kampf zur Vertreibung des IAW geführt haben und dabei die schämerste Hebelung als „Wohlfahrt“ und „Spar“ dieser Massenorganisation herbeiführen verstanden.

Für jeden klassenbewußten Arbeiter, für jede Arbeiterkraft kommt es gerade in dieser Situation darauf an, das Arbeiterunternehmen, den IAW, mit allen Kräften zu unterstützen. Die Steigerung des Lohnes ist eine der mächtigsten Werkzeuge zur Bekämpfung der heute noch bestehenden Massennot. Deshalb die Bekämpfung neuer Mitglieder und die volle Deckung des Warenbedarfes für den Arbeiterhaushalt im allgemeinen Konsumverein!

Schwere Zuchthausstrafen

Der Arbeiter Adolf Schmidt aus Großhugel und Maurer Ernst Schwanke aus Buchholz h. W. wurden am 14. August 1930 zum Schöffengericht in Halle wegen der Einbrüche in des Postamt und in die Gießwerkstraße Rumböhm in Großes (sowie wegen eines Einbruchs in die Gießwerkstraße Winter in Rabelsdorf bei Dessau) zu drei bzw. zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Berufung des Schmidt am 27. August 1931 verworfen. Dasselbe Geschick hat die von beiden noch eingeleitete Revision gehabt.

Zu geistiger Umwandlung in den Tod

Früher nachmittags wurde unterhalb der Gießwerkstraße Bräude durch den Bombenwurf ein männliche Leiche aus der Straße gezogen. Es handelt sich um einen 71jährigen Mann, der in geistiger Umwandlung Selbstmord begangen hat.

Schüler vom Kraftwagen erlegt. Am Sonnabend nachmittags wurde am Bahnhofsplatz in der Nähe des Postamtes, ein 19jähriger Schüler von einem Auto überfahren, von seinem Führer getödtet und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde dem Gießwerkstraßenhaus zugeführt.

So wird ein Kleingewerbetreibender enteignet

In dem Grundstück Plotzstraße 19 wohnt ein Kleingewerbetreibender, ein 71 Jahre alter Dachdeckermeister, der sein Geschäft bereits seit 1899 betreibt. Dieser Kleingewerbetreibende baute sich im Jahre 1911 selbst ein Haus, und zwar das Grundstück Plotzstraße 19. Zur dem Haus hatten mehrere Hypotheken, u. a. eine Hypothek der Rheinischen Hypothekbank in Höhe von 15.000 Mark und auch eine Sicherheitshypothek des Baumaterialien-Geschäfts Buchmann, Halle, in Höhe von 6000 Mark. Der Dachdeckermeister ist Kunde bei Buchmann und hat mit diesem vor einigen Jahren vereinbart, daß Buchmann sich verpflichtet, den Zinsendienst für die Hypotheken des Hauses Plotzstraße 19 zu leisten, falls der Dachdeckermeister in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sollte. Seit dieser Vereinbarung zahlt Buchmann die Zinsen für den in diesem Hause wohnenden Mieter ein. In dem Hause wohnen mit dem Hausbesitzer sieben Familien. Der Kleingewerbetreibende geriet dann in wirtschaftliche Schwierigkeiten, da in den letzten Jahren die Miträge immer mehr zurückgingen und er über keine besonderen Einnahmeverluste verfügte. Gemäß der Abmachung mit Buchmann sollte dieser nun den Zinsendienst für die Hypotheken leisten. Der Dachdeckermeister erhielt dann von der Rheinischen Hypothekbank eine Wohnung. Es wurde sogar die Zwangsversteigerung des Hauses angedacht, was den Zinsen nicht unangenehm gedacht wurden. Da die Zahlungen ausblieben, wurde für den 6. August 1931 Zwangsversteigerungstermin festgesetzt. Die Bank erklärte sich aber bereit, den Termin aufzuheben, sobald die Zinsen noch rechtzeitig bezahlt wurden. Nun wandte sich der Dachdeckermeister an Buchmann und erinnerte ihn an die getroffene Vereinbarung. Es stellte sich heraus, daß dieser trotz dieser Vereinbarung niemals Zinsen an die Hypothekbank gezahlt hatte. Statt dessen brachte die Firma Buchmann ebenfalls mit der Versteigerung des Grundstücks, wenn sie für Geld für die geleistete Sicherheitshypothek nicht zurückerhält. Der Dachdeckermeister bezog von dieser Firma immer noch Baumaterialien. Da er nicht in der Lage konnte, werden Wechsel ausgestellt, für die er, zumal sie immer wieder verlängert wurden, laufend hohe Diskontopfeile bezahlen mußte. Buchmann hat es so fertig gebracht, einmal den Rechnungsbetrag für einen von dem Dachdeckermeister ausgeführten Auftrag zu zahlen. Außerdem wurden durch Buchmann die Möbel der Frau des Kleingewerbetreibenden gepfändet. Da die Zinsen nicht bezahlt wurden, erfolgte die Zwangsversteigerung am 6. August.

Das Grundstück erwarb eine im Nachbarhaus, Plotzstraße 20, wohnende Frau Löber. Der Dachdeckermeister war jetzt kein Hausbesitzer mehr, er mochte in „seinem“ Hause als Mieter und mußte für die Wohnung und für eine Materialanleihe 60 Mark Mietzinsen zahlen. Diese Frau, die bereits vier Kinder in sieben Jahren zur Welt brachte, hat nun gegen ihn Klammungsgeld angezettelt. Am 27. August soll der Kleingewerbetreibende aus seinem Hause, das er ja nun verloren hat, und logar

aus seiner Wohnung herausgeführt werden.

Die Frau Löber bemüht sich indessen für die Wohnung und die Niederlage des Dachdeckermeisters um andere Interessenten und bietet jedes für 120 Mark Mietzinsen pro Monat an. Sie hat auch ohne bewußtseinsmäßig Überwindung die Hofmauer, die die beiden Grundstücke Plotzstraße 19 und 20 trennt, durchbrochen, um gleich einen bequemen Verbindungsweg zu ihrem neu erworbenen Grundstück zu haben. Bei der Polizei ist deswegen Anzeige erstattet worden. Dasselbe hat aber bei jener noch nicht zu hören ist. Durch betragliche teils raffinierte Maßnahmen ist der Dachdeckermeister, der infolge der Wirtschaftskrise als Kleingewerbetreibender einen dauernden Rückgang seines Gehalts erleben mußte, sein Haus losgerissen. Der Mann ist enteignet worden, hat das Haus verloren und soll nun obendrein noch aus seiner Wohnung hinausgeworfen werden. Dies ist ein typischer Fall, wie heute Kleingewerbetreibende und kleine Hausbesitzer durch die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise und als Opfer von rücksichtslosen Spekulantinnen unter den Hammer kommen.

Der Kampf gegen den Faschismus

ruff am Dienstag, dem 25. August, 20 Uhr, im „Genossenschaftsbau“ zu einer öffentlichen Demonstration.

Genosse Artur Schliebs

ipricht über das Thema: „Warum Burgfrieden Hitler-Jugendberg-SoWi-Weisung?“

Vertreter von Frauen, Männer, Frauen, Jugendliche! Be-richtsbeholder und Erwerbslose, erwidert alle!

Stadth 15 Pl. für Erwerbslose, 25 Pl. für Betriebsarbeiter.

Rundfunk-Programm

Montag, 24. August

16.30 Uhr: Konzert. 17.30 Uhr: Beethoven, 18.30 Uhr: Beethoven, 19.30 Uhr: Beethoven, 20.30 Uhr: Beethoven, 21.30 Uhr: Beethoven, 22.30 Uhr: Beethoven.

Dienstag, 25. August

6.30 Uhr: Gemischte. 8.15 Uhr: Konzert aus Berlin. 11 Uhr: Beethoven, 12 Uhr: Beethoven, 13 Uhr: Beethoven, 14 Uhr: Beethoven, 15 Uhr: Beethoven, 16 Uhr: Beethoven, 17 Uhr: Beethoven, 18 Uhr: Beethoven, 19 Uhr: Beethoven, 20 Uhr: Beethoven, 21 Uhr: Beethoven, 22 Uhr: Beethoven.

Winn wird Seed Wintus?

Dienstag: Teils heiter, frühweites Regen und bewölkt. Mittwoch: Unwiderlich.

SCHUHWAREN Friedrich mit Leipziger Schuhschläger

Kreß & Co., Bettfedern-Reinigung Pflänerhöhe 4

Al. Gabner Automobil- und Zugmaschinen-Reparatur

Kampf gegen die Kirche ist Kampf für den Sozialismus!

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte

Schuh-ZADEK Nachf., Steinweg 48

„Engelhardt-Biere“ überall

Gustav Polzin Auto-Reparatur-Werkstatt

Josef Ganter / Auto-Werkstätten Torstraße 31

Möbel Geschmackvolle Wohnungeinrichtungen

Wo ist man am besten? Bei Strohs Nachfolger

Karl Preuß Eisenwaren, Nähmaschinen

A. Fred Plautsch Stempelwerk

Willy Trautwein Röhrenschleifer

Wich. Hauck Metallarbeiten

Bergelt nicht Blods Tischplatten

Lebensmittel u. Kohlen A. Richter

Il. Fleisch- u. Wurstwaren Otto Nilius

Otto Wacker, Trotha

Walter Döner

Walter Döner

Walter Döner

Walter Döner

Walter Döner

Emil Pforte Kolonialwaren, Porzellan

Karl Schreiber Uhren, Goldwaren

Ludwig Eigemeier Molkereiprodukte

Wilhelm Richter Bau- und Möbelschlerei

Genossenschaftler! deckt Euren Bedarf

Konsum-Verein Klassenbewußte Arbeiter

Brotd- und Feinbäckerei

Wilhelm Rude Mehl-Getreide u. Futtermittel

Hamburger Kaffee-Lager

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Ammdorfer Schokoladenhaus

Zentral-Molkerei Ammdorf

Lina Kranz Schmiedebildhauerei

Konsumverein für Hameln

Friedrich Peau Schmeidehandwerk

Otto Jonas Schmeidehandwerk

Rebra Kolonialwaren

Gottschalk Kleiderstoffe

Kolonialwaren - Lebensmittel

Schuhwarenlager

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Spare auch Du bei der Verbands-Sparkasse

S. & M. Crohn Das Haus der werktätigen Bevölkerung

Trinkt Milch vom Milchhof Eisleben

Butter, Eier, Käse stets frisch und billig

Fleisch- u. Wurstwaren R. Weber

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Bruno Lüdecke

Obst; Gemüse, Südfrüchte D. Votin

Hagen Ruhmlieb Damen- u. Herren-Prisier

Pinthus & Ahlfeld das Warenhaus für Alle

Rauhhaus Hirschberg Teuchern und Hohennölsen

Paul Taubert Molkereiprodukte

Oskar Elster Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Gebr. Hildebrandt Schuhwaren

Loth & Köhler e. V. Kleider- u. Herren-Prisier

Modehaus Dieskau ist die richtige Bezugsquelle

C. Eichentopf Kleider- u. Herren-Prisier

A. Camposato Herren-Prisier

Willy Kütner Kleider- u. Herren-Prisier

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Adolf Meucke

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Harzer Hof

Herren- und Knabenbekleidung Georg Schönherr

ff. Fleisch- u. Wurstwaren Harzer Hof

Lebensmittel O. Richter

Billige Fleisch- u. Wurstwaren Kurt Ebeling

Reinhold Ischner Herren-Prisier

C. Pleitz Herren-Prisier

Lebensmittel K. Eise, Wilhelmstr.

Lebensmittel K. Eise, Wilhelmstr.

Lebensmittel K. Eise, Wilhelmstr.

Lebensmittel K. Eise, Wilhelmstr.

Lebensmittel K. Eise, Wilhelmstr.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.



Werte im Bergholz-Laden

Die Anti-Kommunistenhege zieht nicht

Die Verbotshauer des „Klassenkampf“ wurde von dem „Volksblatt“ und seinen Kopfschlitzen zu einer unermesslichen Hege gegen die Kommunistische Partei und ihre Führer... Der „Volksblatt“ schlug in dieselbe Kerbe, er war mit seine Hege noch um einen Grad gemeiner. Mit Hilfe der Verleumdungen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung... Die Hege gegen die Kommunisten... Die Hege gegen die Kommunisten... Die Hege gegen die Kommunisten...

18. Juli: „Kapitalistisch durchsetzter Volksehrismus“ (zur Berlin-Rede).

23. Juli: Wettbewerb Stalin-Sugenberg - Die KPD im Kampf - Unterwerfung der kommunistischen Führung unter die Führung der SPD und Sugenberg. - Um revolutionäre Bewegung zu erzeugen, behält man sich durch Propaganda von „Sugenberg“.

25. Juli: Wer hilft den Faschisten - die Kommunisten... Die Bündnis zwischen KPD und Faschismus ist nun ein offenes Geheimnis... Kozis, Kozis, Stahlhüter, Landbühnen, Unterwerfung und Großgärtner in einer Front gegen die sozialdemokratischen Arbeiter.

27. Juli: Kommunistische Arbeiter meutern... Verwirrung im KPD-Lager... Geheimnisschluperei der KPD-Zentrale.

28. Juli: Die freiwillige Ausbeutung (in Sompftrüben) - eine Erzeugnisstätte des imperialistischen Kommunismus.

29. Juli: „Rabel im Lager der Reaktion... Die Kommunisten sollen es schaffen“.

30. Juli: Der schlimmste Feind der Arbeiterschaft ist der Feind im Inneren der Arbeiterbewegung, die Kommunistische Partei.

1. August: ...den kommunistischen Arbeiter zu zeigen, sie werden die Erlaubnis und die Politik der kommunistischen Partei... Die kommunistische Führung will den Scherf-machern und Junkern, den Hohenollernprinzen und Industrieherrn die Arbeiterschaft als Hilfstruppen zuführen... Kaiser-kommunisten.

2. August: Und in dieser Front zur Rechtsabwendung der Arbeiter steht mit den Stahlhütern und den Scherf-machern... Die KPD-Zentrale braucht Opfer - Die KPD propagiert in falsche Zusammenhänge.

4. August: Lieber die Stolperer des Faschismus, aber nicht belächelt... geschändete Frauen... schlägt Thälmann ein in die blutbeladene Strückerhand der Faschisten.

6. August: „Ein schöner Karmenelssang: Sugenberg auf harzigem Gaul an der Spitze, dahinter der lange Getreide Bauer... und zum Schluss der Reichsgeneral Ledeb Thälmann“.

8. August: „Arbeitshege der KPD-Führung - KPD-Zusammenbruch in Sachsen“.

7. August: „Unternehmergeißel für die Kommunisten“.

8. August: Kommunist Koen gegen den Volksentscheid - Nach dem Einbruch der KPD-Zentrale in die Front der Volksentscheid wird in kommunistischen Kreisen ganz offen ausgesprochen, daß die kommunistische Politik in entscheidenden Momenten von einem Manne bestimmt wird, der im Solde des böhmischen Monopolkapitalen steht... Nach der Rückkehr der Oberkommissarischen aus Moskau sei die kommunistische Reichspropaganda mit einer überreichen Flexibilität die Bestreuer-entzage zurück“.

11. August: Ein Verbot der KPD wird zur Zeit nicht er-zogen. Die politische Unterwelt totet man nicht aus, indem man sie verbietet, sondern indem man sie mit wirksamen Mitteln bekämpft“.

Die Zeitungsausträger des „Volksboten“ breiten

Aidau-Apoll, 7. Juli 1931.

Herr Albert Bergholz!

Meine politische Hegeerzeugung zur KPD läßt es nicht mehr zu, daß ich noch weiterhin den „Volksboten“ austrage, welcher durch seine Hege gegen die kommunistischen Arbeiter und durch Unterjüngung der Brünnig-Politik, den Faschismus zur Durchföhrung hilft.

Zur geldlichen Abrechnung bin ich jederzeit bereit.

Kurt Anoll, Aidau-Vohls.

Oberstehenden Brief hat der untergeordnete Kollege Anoll, der bis vor kurzem noch in Aidau-Vohls die wenigen Exemplare des „Volksboten“ austrug, an Bergholz gerichtet. Trotz der 2. März Kasse und Kassen, die man zu Weisheiten bekommen kann und trotz der gelegentlichen Spesen verstehen eben die ökonomischen Proleten darauf, noch weiterhin Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu sein und das Blatt des Arbeitererrats auszu-tragen.

Die Leserschaft geht zurück

Aus Raumburg wird uns geschrieben: In Raumburg hat die Leserschaft des „Volksboten“ trotz der vorgekommenen Preisermäßigung stark abgenommen. Der Schaulast der SZM muß nun behältlich um die Gipsstrücker des „Volksboten“ wenigstens gratis an den Mann zu bringen. Doch alle Bemühungen der Raumburger Vertreter des „Volksboten“, Rüdolf, Waldbaum und Co. durch Heberische den Schwund aufzuhalten, sind vergebens.

Die Hege, die der linke „Volksbote“ gegen die revolutionäre Arbeiterschaft entfaltet, führt also zu dem geraden Gegenteil der erwünschten Wirkung. Die Arbeiter wissen, daß die Kommunistische Partei ihre Partei, die kommunistische Presse ihre Presse ist. Je gemeiner ihre Partei und Presse angegriffen und verleumdert wird, desto eifriger ihre Remanen, alles zur Verteidigung ihrer Partei und Presse zu tun, desto größer der Rückgang in den Zeitungen und Organisationen der Arbeitererräter.

Wir stoßen nach! Wir begnügen uns nicht damit, daß die Proleten den „Volksboten“ abstellen, sondern wir sorgen dafür, daß jeder Prolet Leser des „Klassenkampf“ wird. Dort ist die Genosse? Trage auch du deinen Teil bei, damit unser Ziel: 6000 neue Abonnenten, auf schnellstem Wege erreicht wird!

Herr Oberpräsident, wie lange noch?

Das Verbot der Zeitung „Die rote Fackel“, Zöbzig, muß sofort aufgehoben werden

Während der Verbotsdauer des „Klassenkampf“, und zwar am 4. August, wurde die in Jörzig erscheinende Beilagezeitung „Die rote Fackel“ auf die Dauer von drei Monaten verboten. In der Verbotsbegründung wurde u. a. ausgeführt: „Die in Jörzig erscheinende periodische Beilagezeitung „Die rote Fackel“ Nr. 11 - ohne Datum - vertritt gegen die §§ 6 und 7 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (RStZ. S. 66), da die Angabe des Wohnorts des Druckers, Verlegers und verantwortlichen Redakteurs fehlt, und enthält einen Aufsatz mit folgenden Ueberschriften: „Die Inflation ist da“ - „Die Geldbildung für die Reichsbanknoten auf 30 Prozent herabgesetzt“ - „Eine Milliarde Inflationen“.

In diesem Aufsatz befinden sich weiter folgende Sätze: „Der entscheidende unter den Beschüssen des Reichstages ist der, die Deckung der im Umlauf befindlichen Banknoten, die bisher 40 Prozent betrug, um 30 Prozent herabzusetzen. Auf 300 dieses Reichsbanknotes ist die Reichsbank in der Lage, für eine Milliarde neues Papiergeld zu drucken, womit die Papiergeldmenge um ein Viertel vergrößert wird. Mit dieser Inflation hofft die Regierung die Löhne und Gehälter aushebeln zu können. Der Wirtschaft bedeutet diese erste Inflationenmaßnahme einen ungeheuren Schlag gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger, denn ein Lohn von 25 Mark in der vorigen Woche wird mit dem neuen Papiergeld nur noch 22 Reichsmark, d. h. also weniger wert sein, weil natürlich die Preise entsprechend steigen werden. Damit werden die Reallohne generell gesenkt.“

Diese Ausführungen enthalten eine falsche Darstellung der deutschen Währungsverhältnisse. Sie müssen dazu führen, die Unruhe unter der Bevölkerung zu vermehren, da hier die Sicherheit der deutschen Geldwährung in Zweifel gezogen wird und die unwahre Behauptung aufgestellt wird, unter Geldwährung befände sich durch gewisse Maßnahmen der Reichsregierung und Reichsbankleitung im Zustande der Inflation. Die Reichsregierung hat der Öffentlichkeit gegenüber sehr ein-

gehend und oftmals dargelegt, daß von einer Inflation nicht die Rede sein kann, sondern von dem geraden Gegenteil, einer Deflation, d. h. einer Geldverknappung. Derartige Ausführungen, wie in der Druckchrift enthalten, sind geeignet, die Bevölkerung zu verunsichern, die erst die deutsche Währung und den deutschen Kreditmarkt gefährden könnten. Durch diese Darstellungen ist daher eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten. Es ist offensichtlich, daß dies sogar der Zweck des Aufsatzes ist, was sich aus seinem Ton und dem gesamten Inhalt einwandfrei ergibt. An der Aufstellung der Behauptungen des Aufsatzes liegt natürlich eine Beschimpfung und böswillige Beschädigung der Reichsregierung, insbesondere des Reichsministers und des Reichsfinanzministers, die hierdurch der Unwahrscheinlichkeit gegeben werden. Ferner enthalten diese Ausführungen eine verächtliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die rechtsgerichteten Anordnungen des Herrn Reichspräsidenten über Währungs- und Zahlungswert.“

Ohne uns mit den Gründen des Verbots auseinanderzusetzen zu wollen, stellen wir folgenden Tatbestand fest: Die in der Verbotsbegründung angezogenen Artikel waren auf der ersten Seite der Zeitung abgedruckt. Die Schriftleitung der „Roten Fackel“ hat diese Seite gar nicht zur Verbreitung bereitgestellt lassen. Nachdem die erste Seite von der Polizei beschlagnahmt wurde, hatte die Schriftleitung die erste Seite der Zeitung entfernt, dafür eine neue Seite bereitgestellt und zur Verbreitung kommen lassen. Trotzdem das Verbot!

Der Verleser der „Roten Fackel“ hat gegen das Verbot Einspruch erhoben. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Da die Schriftleitung der Zeitung die Verbreitung der beschlagnahmten Seite auf demselben Grund zu einem Verbot heißt, fordern wir den Oberpräsidenten auf, das Verbot der „Roten Fackel“ sofort aufzuheben!

Das kommunistische Manifest veraltet?

Die SPD-Redakteure fälschen den Marxismus

Bei dem frampfhafsten Betreiben, den sich der Sozialdemokratischen Partei ausdenken, machen die Redakteure der sozialdemokratischen Presse selbst vor öffentlichen Täuflern den geschichtlichen Dokumenten der revolutionären Arbeiterbewegung nicht halt. Da wir infolge unseres Verbotes auf die Fälschung des kommunistischen Manifestes durch die mitteldeutsche SPD-Presse nicht eingehen konnten, holen wir es nunmehr nach.

Am 27. Juli wurde in der SPD-Presse ein ganzseitiger Artikel veröffentlicht, in dem man unter anderem lesen konnte:

„Gemäß Karl Marx schrieb im kommunistischen Manifest das Wort: Die Proletariat haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Das schrieb Marx 1847. Gilt das auch heute noch? Es ist nur dem Kommunismus unbekannt, daß Karl Marx und Friedrich Engels 25 Jahre nach der Veröffentlichung des kommunistischen Manifestes im Jahre 1872 bei seiner Neuauflage ein Vorwort geschrieben, in dem sie darauf hinwiesen, daß sie das kommunistische Manifest als ein historisches Dokument betrachten, das zu ändern sie sich nicht mehr bereuen fühlen. So hat dieses Manifest in seiner Fassung von 1872 schon anders aussuchen müssen als 1847. Nein, der Wort Marx haben nichts zu verlieren“ gilt heute nicht. Die Arbeiterklasse hat heute viel zu verlieren, und man kann, ohne zum Verräter am Marxismus zu werden, das Wort aus dem kommunistischen Manifest getrost umkehren und sagen: Die Arbeiter haben eine Welt zu verlieren und sie haben nichts zu gewinnen. Und sie gewinnen Ketten, wenn sie es zulassen, daß der Faschismus mit Hilfe der Kommunisten ihnen die Republik entrümpelt und an Stelle der politischen Demokratie die Diktatur errichtet.“

Zu dieser Bemerkung ein Fälschung sei festgehalten, daß Marx und Engels bei der Neuherausgabe des kommunistischen Mani-

festes im Jahre 1872 tatsächlich im Vorwort von „veraltet“ gesprochen haben. Doch der Sinn dieses „veraltet“ war ein ganz anderer als die Auslegung der SPD-Redakteure. Veraltet ist das Proletariat in der Zeit von 1847-1872 gewesen hätte, im Manifest nicht enthalten waren. Marx und Engels schrieben:

„Gegenüber der imens Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten 25 Jahren und der mit ihr fortgeschrittenen Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen zuerst der Arbeiterrevolution, mußte nicht jeder der Sozialisten Kommune, was das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dieses Programm fast vollständig veraltet. Kamentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die seitige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“

Veraltet war das Manifest also nur insofern, als darin festgehalten werden mußte, daß die sozialdemokratische Theorie von dem „Hineinmachen in den Staat“, von der „Eröberung des Staates mit parlamentarischen Mitteln“ absolut falsch und durch die Erfahrungen der Pariser Kommune und durch die weiteren Ereignisse nach 1872 widerlegt wird.

Veraltet ist das kommunistische Manifest ist nicht veraltet. Veraltet ist es nur für diejenigen, die im Besitz einer Fälschung sind und die soziale Frage (für sich) als gelöst betrachten. Für die Masse des wertigen Volkes ist die Voraussetzung des kommunistischen Manifestes voll eingetroffen:

„Die Bourgeoisie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihren Klassen die Erlaubnis selbst innerhalb ihrer Grenzen zu lassen. Weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernügen muß, hat von ihm ernährt zu werden... Der Untergang der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“

Mit der Genossenschaftsdelegation nach der Sowjetunion

Die Sowjetgenossenschaften haben eine Einladung an die Mitglieder der deutschen Konsumvereine zwecks Entsendung einer Delegation nach der Sowjetunion ergoßen lassen. Diese Einladung wurde von vielen Mitgliedern der Konsumvereine, insbesondere auch von sozialdemokratischen, begrüßt. Die Delegation wird schon in den nächsten Wochen die Reise in das Land der Arbeiter und Bauern antreten, um an Ort und Stelle die Aufbaumarbeit, die die sozialistischen Genossenschaften im Rahmen des fünfjährigen Wirtschaftsplans geleistet haben, zu studieren. Die roten Konsumvereine Halle, Merseburg, Wittenberg rüsten mit aller Macht zu dieser Delegation. Der ARB Halle hat in drei überfüllten öffentlichen Vertammungen und noch anderen Kundgebungen, die anlässlich des internationalen Genossenschaftstages hatten, sich für die Entsendung der Genossenschaftsdelegation entschieden. Desgleichen hat der Konsumverein Merseburg auf breiterer Maßstabgrundlage dazu Stellung genommen. Auch der Konsumverein Wittenberg veranstaltet große Versammlungen und leitet gleichzeitig einen Wettbewerb, in welchem demjenigen, der die meisten Kaufnahmen für die Genossenschaft bringt, die Möglichkeit der Teilnahme an der Delegation gegeben wird.

Wir legen ganz offen: Das Hauptgewicht liegt aber auf Entsendung von Delegierten in den noch unter reformistischer Leitung stehenden Konsumvereinen. In einigen hat die revolutionäre Genossenschaftsopposition schon vorgelassen, um dadurch vor allem sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter die Möglichkeit zu geben, an der Studienreise teilzunehmen. Die Bitterfelder oppositionellen Genossenschaftsmitglieder legen alles ein, um aus den Verteilungsbereichen ein Genossenschaftsmitglied mit zu den Sowjetgenossenschaften zu schicken. Es ist selbstverständlich, daß die reformistische Büro-

kratie sich gegen die Entsendung von Delegierten zur Wehr setzt. Auf Anfrage eines Konsumvereins bei den Hamburger Sozialisten wurde diesem mitgeteilt, daß solche Reisen nach der Sowjetunion nicht zu unterstützen wären. Es wird vor allem den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, die an der Delegation teilnehmen werden, die Schuppen von den Augen fallen, wenn sie im Land des sozialistischen Aufbaus mit eigenen Augen sehen, daß alles das, was von den Sozialisten über die russischen Genossenschaften geschrieben und geredet wurde, ebenso Fälschung und Verleumdung ist. Die Wirrworte weiß genau, daß die Delegation nach ihrer Rückkehr bei der Berichterstattung in den Verteilungsbereichen ein vernichtendes Urteil über sie fällen werden.

Die Wahl muß in Verteilungsbereichen erfolgen und anderen genossenschaftlichen Veranstaltungen. Insbesondere sind die bis dahin noch stützenden Generalversammlungen von der Genossenschaftsopposition vor die Alternative zu stellen, ob die Mitgliedschaft durch objektive Informationen sich über die wirkliche Lage des Arbeiterstrates um die Rolle, die die Genossenschaften in betreiben haben, informieren will. Die Delegierten sind während des drei- bis vierwöchigen Aufenthalts Gäste der russischen Arbeitergenossenschaften und genießen vollständige Gastfreundschaft. Für jeden Delegierten ist lediglich das Gehalt für die Fahrt und Rückreise bis an die Grenze der UdSSR aufzubringen, was einen Betrag von 200 Mark ausmacht. (Zur Zeit 300 Mark, infolgedessen hat die 100 Mark für Auslandsentsende nicht aufgehoben ist.) Kommt Familienunterstützung in Frage, muß diese ebenfalls bestritten werden. Ferner, was offiziell von Konsumvereinen die Delegation erfolgt, muß der Verein die Kosten tragen; im anderen Fall sind diese durch allgemeine Sammlung aufzubringen.

Nicht viel Zeit bleibt zur Verfügung. Daher gilt es alle Kräfte einzusetzen, um möglichst aus vielen reformistischen Vereinen offiziell Delegierte für diese Reise zu gewinnen. Die gewählten Delegierten sind sofort der Genossenschaftsdelegation der Bezirksleitung Halle-Merseburg zu melden.



KRAUS-DEMBEZIRK

Montag, 24. August 1931

Wie lebt das Volk?

Ein Gewerbetreibender, der bis vor kurzem eine Fleischerie betrieb, die er wegen Umlagerung und Steuerlasten schließen mußte, ist jetzt auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Er schildert uns folgendes Haushaltsplan:

Einnahmen pro Woche:	Ausgaben pro Woche:
Wohlfahrtsunterstützung 6.— M.	Miete 7.— M.
5 Liter Eiern (ohne Fleisch)	Waltergeld 0.30
1 kleines Brot	Milch 0.75
1 Pfund Margarine	1 großes Brot 0.70
	1/2 Pfund Fett 0.50
	Feuerung 1.—
	5 Pfund Kartoffeln 0.20
	2 Springs (f. Sonntag) 0.20
	1 Pfund Matzoffe 0.26
	Zucker Mehl u. Weichl. 1.—
	Burk und Fleisch ? ? ?
	Milch August
	Seife 0.20 M.
	Sandbad 0.20
	Große Bäckerei ? ? ?
	Nah- u. Stopfgarn 0.50
Gelasmausgaben 13.80 M.	
Gelasmausgaben 6.— M.	
bleibt an Schulden 7.80 M.	

Ein Strümpfe, Schuhen, warme Winterkleidung ist dabei nicht zu denken. Die Rechnung ist für eine zwei-köpfige Familie ohne Kinder aufgestellt. Wie mag es wohl den linderreichen Familien ergehen?

Ein Erwerbsloser schreibt uns folgendes: Vom September 1928 an bin ich erwerbslos. Rund ein Jahr lang bezog ich Wohlfahrtsunterstützung. Ein Glück ist bloß, daß noch keine Kinder da sind, denn dann wäre es noch schlimmer. Jetzt, wo die Preise für Fleisch und alle wichtigen Lebensmittel an der Höhe zu klammern, soll die Wohlfahrtsunterstützung noch um 20 Prozent abgebaut werden. Das heißt den Hungerriemen noch enger schnallen. Also ich habe ein Einkommen von 12 Mark wöchentlich. 4 Mark gehen ab für Miete, da bleiben mir noch 8 Mark. Diese werden folgendermaßen angelegt:

Heizung und Beleuchtung 0.75 M.
10 Pfund Brot 1.50
Margarine und Schmalz 1.45
15 Pfund Kartoffeln 0.60
4 Rale 0.80
1/2 Pfund Burk 0.80
1 Pfund Mehl 0.26
Suppenfleisch und 1/2 Pfund Fleisch 0.30
Kaffee 0.35
Grünpflanzen, Reis, Kraut, Wädhren, Erbsen und Getreide 1.80
Summe 7.69 M.

Es bleiben mir für Kleidung, Schuhwerk, hygienische Bedürfnisse noch 31 Pfennig. Und da gibt es noch Leute, die von „Kultur“ zu reden wissen. Es ist das der große Honn, den es gibt. „Opfer bringen müßen wir alle“, hört ich so häufig aus den Mundstücken der SPD (Regierungspräsident Hermann) sagen. „Wo bringen denn diese Leute Opfer? Die Armen müßen ja alles bezahlen und die Reichen bekommen den Rest nicht voll. Aber jeder Krug geht so lange zum Waller bis er bricht. Immer mehr Werttätige erkennen, wie es gemacht werden muß, wenn es anders werden soll . . .“

Ein Parteiarbeiter erzählt

Die Parteiarbeitung hatte mit einer Anzahl Bauernzeitungen um Vertrieb gekämpft. Ich machte mich Sonntags auf den Weg. Meine Stimmung war nicht besonders gut. Ursache: Eine Reihe von Parteigenossen haben immer noch nicht die Notwendigkeit zur aktiveren Betätigung an der Arbeit der Partei begriffen. Sie meinten immer noch immer noch auf den Schultern weniger Verantwortlicher gemüßelt. Trotz der Mithimmung ließ ich mich nicht abhalten, meine revolutionäre Pflicht zu erfüllen und hatte den Entschluß gefaßt, alle Bauernzeitungen umzuheften. Es ging also nur zur zur Tür und von Hof zu Hof. Der erste Eindruck, den ich schon beim Besuch der ersten Kleinbauern gewann, war folgender:

Die Kleinbauern haben fast alle eine unheimliche Mut im Leibe. Sie schimpfen wie der Teufel über die untrüglichen Kosten, über den Schwindel von die bürgerlichen Parteien und die reaktionären Bauernverbände mit ihnen schon seit Jahren getrieben haben. Als ich die Kleinbauern so reden und schimpfen hörte, wie sie in ihrer besten Art ihre Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse, über die Regierung und zum Ausdruck brachten, dachte mir das Herz im Leibe. Meine Mithimmung war verfliegen, ich bin regelrecht neu belebt worden. Die Diskussionen mit den Kleinbauern witzten auf mich wie eine Blut-erfrischung.

Ich kam zu einem Kleinbauern, welcher auf der Treppe seines Häuschen lag und seinen Werttätigkeiten pflanzte. Ohne mich umzusehen, setzte ich mich gleich neben ihn auf die Treppe und begann sofort mich mit ihm zu unterhalten. Der Kleinbauer war darüber sehr überrascht. Wir redeten uns mit Du an, als ob wir schon alte Bekannte seien. Nun, Lebensgenossen sind wir ja. Ich sagte ihm, daß ich schon seit Jahren erwerbslos bin. Er klagte mir sein Leid und wünschte über mancherlei Fragen Auskunft. Insbesondere interessierte ihn, welche Maßnahmen die Kommunisten wohl gegenüber den Kleinbauern ergreifen müßten, wenn sie einmal die Macht haben. Wir sprachen sehr miteinander, eine Bauernzeitung hatte er mir gleich zu Ansehen angefaßt. Er rief mich an, ihn wieder zu besuchen, was ich auch tun will. Hoff alle Kleinbauern die ich aufsuchte, ähneten diesen Wunsch.

Hallo, Erwerbslose!

Bezirkskonferenz vorbereiten!
Die Bezirkskonferenz findet am 18. Oktober in Halle statt. Nächt auf allen Stempelstellen und Wohnstellen Delegierte. Frauen und Jugendliche nicht vergessen! Bezirksverwalterauswahl!

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“

H. A. Weissenfels. Trotz aller Siegelungen im „Vollboten“ über den roten Volksentscheid ist der Weissenfeler „linke“ Sozialisten das Gefühl doch in die Knochen gefahren. Mit den gemeinlichen und schmierigen Methoden versuchen sie in ihrem Vorgehen die kleinen Geschäftsleute, die sich am Volksentscheid beteiligt haben, zu beschämen. Es verlohnt sich die Namen dieser Geschäftsleute, die für das Verschwinden der reaktionären Preußenregierung gestimmt haben, und fordern verdrückt dazu auf, dort nicht mehr zu kaufen. Ebenso verlohnt sich die Namen der Städtischen Drucker zu schmähen, in dem sie die Namen der Mitglieder des Druckerberufschaften, die durch ihre Beteiligung am roten Volksentscheid ihren Kampfen gegen den Sozialismus zum Ausdruck gebracht haben. Der SPD-Bosse Sauppe überfandte der Zeitung des Druckerberufschaften folgendes Schreiben:

Drugsgruppe Weissenfels der SPD
Geschäftsstelle:
Kleine Deichstraße 29
Herrnpreder 596

Weissenfels, den 14. August 1931.
An das Städtische Drucker Weissenfels
Nachstehend erlaube ich mir Ihnen ein Verzeichnis derjenigen Mitglieder Ihres Druckerberufschaften, die nach unseren Feststellungen sich am Volksentscheid, der gegen die preussische Regierung und nach den Parolen der Volksentscheidsparteien gegen die Sozialdemokratie gerichtet war. Gerabe die Sozialdemokratische Partei war es, die dem Städtischen Drucker bei jeder Gelegenheit sehr freundlich gegenüber gestanden hat. Jedes einzelne Mitglied des Druckerberufschaften wird den besten Eindruck haben, daß es gerade der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken ist, wenn dem Drucker im laufenden Geschäftsjahr eine größere Subvention gewährt worden ist. Wir haben dabei nicht danach gefragt, wie die politische Einstellung der einzelnen Druckermitglieder ist. Jedoch hatten wir bestimmt angenommen, daß die Mitglieder des Druckerberufschaften nicht eine feindselige Haltung gegen uns einnehmen würden. Das hat aber der größere Teil der Druckermitglieder geglaubt tun zu müssen. Wegen das Drucker in Zukunft seine Interessen von den Par-

teien vertreten lassen, denen es in seiner Mehrheit am 3. August nachzugehen ist. Es haben sich am Volksentscheid beteiligt:
Ditt König, Leopold-Red-Strasse 22
Wilm Schulte, Hermannsgarten, und Frau
Otto Bage, Geheßstraße 2, und Frau
Rurt Hofmann, Hermannsgarten 5, und Frau
Wolff Hellmann, Zimmerstraße 15
Hilfred Deibel, Friedrich-Göbel-Strasse 18
Heinrich Bergner, Dammhof-Strasse 12
Otto Bremer, Schützenstraße 46, und Frau
Franz Köhler, Geheßstraße 1
August Fongabe, Leopold-Red-Strasse 22
Hermann Rothardt, Merseburger-Strasse 50
Richard Frommichen, Trommenstraße 24, und Frau
Rarl Hoff, Geheßstraße 1, und Frau
Hermann Drochmann, Hämmerstraße 2, und Frau
Hochachtungsvoll
gez: Paul Sauppe

Also jetzt bekennen die futuristischen Stadtdrucker der SPD, daß sie bei den Unterstellungen kein Interesse an der Erhaltung der Stadtpolizei haben, sondern daß sie die Arbeiter nur unterhalten um sie für die SPD zu fähren. Alles Gerede vom kulturellen Aufwärtung war demnach Schwindel. Wenn Sauppe schreibt, daß er und seine Partei es in Zukunft wünschen, die Interessen der Arbeiter, die für die sozialistisch als Werttätige sind, zu vertreten, ist befehligt er damit nur die Argumente der Kommunisten, die immer behaupten, daß die SPD keine Arbeiterinteressen vertritt, sondern eine bürgerliche Partei ist. Hier geben sie offen die Schwärzung ins futuristische Lager des Faschismus zu.

Die Arbeiter und die Kleingewerbetreibenden werden sicher nicht böse sein, wenn die Sozialisten es absehen, ihre Interessen zu vertreten, sondern sie werden sich freuen, wie bisher erkennen, daß es für sie nur eine Partei ist, die ihre Interessen vertritt, die die Kommunistische Partei. Sie werden jetzt erst recht den Weg zur SPD finden, trotz des Geschrei der Sozialisten aller Gewerkschaften.

Wer die Notverordnung nicht scharf genug durchführt, muß gehen!

H. A. Taucha. Da wir auf Grund des „Klassenkampf“ Verbotes lange schweigen müßen, so müßen wir jetzt um so ausführlicher über die Ablegung des Gemeindevorsteher Reubert berichten. Vor Jahresfrist wurde unser Genosse W. K. a. r. b. mit unheilvoller Wertschätzung zum Gemeindevorsteher ernannt. Durch Brauns Verhängung wurde er nicht befristet. Es machte sich eine Keuschwahl nötig. Dabei wurde mit Unterstützung der Kommunisten der Altrentner Reubert gewählt und auch bestätigt. Der „Schmerzbote“ setzte damals natürlich über die Wahl eines bürgerlichen Dringrichters. Aber es steht fest, daß Reubert sein Amt in einem Industriebetrieb wie Taucha, im Interesse der Weissenfeler normaler Arbeiter unterhalten hat. Der Strid gedreht. Es sind ihm allerlei Verleumdungen unterzogen. Erstens soll er sämtliche Altrentner nicht zur Bürgersteuer veranlagt haben. Zweitens soll er ermordet haben, die rückständigen Steuern zu zahlen weisse einzutreiben. Drittens soll er zu viel Wege nach Weissenfels gemacht haben. Diese „Verleumdungen“ wurden von dem früheren bürgerlichen Gemeindevorsteher Gaudig mit besserer oder indifferenter Unterstützung der SPD dem Landrat unterbreitet. Es ist klar, daß Gaudig wieder Richter werden möchte und deswegen diesen Vorstoß unternommen hat. Es muß daran erinnert werden, daß Gaudig'sche Gemeindevorsteher in Schulden hineingewirtschaftet hat. Ohne Genehmigung der Gemeindevorsteherung hat er bei der Sperr- und Parochialstelle 11 Mark Schulden gemeldet. Als Reubert eines Tages die letzten Hehntel ausgelegter Erwerbslosengelder in Höhe von 700 Mark beim Landrat abholte

wollte erhielt er zur Antwort, er solle zuerst die rückständigen Steuern einholen. Da dies aber nicht so leicht möglich ist, so so mehr als die Landratspflicht in ihrem bürgerlichen Interesse und dazu die Finanzkraft kam, so ließ Reubert folgen lassen: „Durch die Handlung von Gaudig's bin ich nicht in der Lage, die Erwerbslosen auszusuchen.“ Auch das wird als Grund zur Entlassung herangezogen.

Die Erwerbslosen nahmen sofort Stellung und schickten ein Delegation zum Landrat. Daraufhin wurden 500 Mark ausgezahlt, aber nicht an Reubert, sondern an Gaudig. Wo hatte Gaudig's den Auftrag, da doch Reubert's war im Amt war?

Da die angeführten „Verleumdungen“ zur Entlassung nicht haltbar sind, so sieht man noch andere Argumente an den Raum herbei. Im Auftrag der Kommunistischen Partei ließ Reubert eine Aufzählung von einer Erwerbslosenliste anfertigen. Deswegen soll er sich sogar vor dem Staatsanwalt verantworten. Aber es weiß doch jedes Kind, daß der Gemeindevorsteher verpflichtet ist, alles was vorkommt, gleich welcher Richtung, ausfindig zu lassen. Zu dem war die Erwerbslosen-Liste dem Gemeindevorsteher genehmigt.

Es ergibt sich, daß die Ablegung des Gemeindevorsteher Reubert in seiner Amtsfähigkeit ist, gemeinsam betrieben von Gaudig und der SPD. Und warum? Natürlich weil Reubert in seiner Amtsführung auf die Rat der Weissenfeler nicht gekommen hat.

Sie wollen mit den Kommunisten diskutieren. Es ist vor jedes Wochen an einem Bauer kam, schimpfte er auf die Kommunisten und warf mich zur Tür hinaus. Wenn ich heute komme, denkt er nicht mehr daran, mich hinauszuwerfen. Daraus sieht man mit mir. Ich habe auf die Weise in kurzer Zeit 18 Bauernzeitungen neufragen können.

Was dieser Genosse berichtet könnten alle anderen Genossen ebenfalls berichten, wenn sie ihre revolutionäre Pflicht erfüllen und aktiv werden. Nicht ein einzelner, sondern alle müssen mitarbeiten. Die Mollen der Unterdrückten in Stadt und Land verlangen nach uns Kommunisten. Es kommt nur darauf an, daß wir zu ihnen hingehen.

Weissenfels-Zeit Zweimal Volksentscheid

H. A. Graun. Der erste Volksentscheid wurde nicht in der Öffentlichkeit, sondern in der SPD-Mitgliederbesprechung am 1. August ausgetragen. Man hatte die Ansicht, die Mitglieder vor dem Volksentscheid grübeln zu machen, fanden doch die Posten und Wädhren in Gefahr. Erreicht hat man aber einen Proletariat der Mitglieder gegen die reaktionäre Parteileitung. Albert wurde von seinem Wädhren als Vorleiter abgewählt. Aber gelang hat die Wädhrenliste doch nicht. Der konterrevolutionäre Kurs wird von der Parteiführung beibehalten.

Am 9. August wurde der rote Volksentscheid durchgeführt. Im „Reichen“ und in den „Kadetten“ wurde gemacht, was die Kommunisten hätten eine Arbeiterliste erließen, die Republikaner hätten geliegt. Wir sind anderer Meinung. Nach vorstichtiger Schätzung entfallen von den 220 Ja-Stimmen mindestens 110 auf die SPD, die am 14. September 99 Stimmen erhalten hatte. Das ist ein Erfolg, umal es gelungen ist die Mehrstimmen aus dem Lager der guten und gottesfürchtigen SPD zu holen.

Stadtparlament

H. A. Raumburg. Rana, was ist denn schon wieder los, was nennen denn die Leute so nach der Großen Jakobstraße? Dort lodt der Verkehr in der Ballage. Der Schaulden der revolutionären Arbeiter Raumburgs wird umlagert. Es bricht das Herbe, das Element der Ungeheueren der Sozialisten, und es ist nicht nur die Arbeiterfrage, die hier in die Luft eingeleitet. Von zwei Seiten werden die Leiter aus der Ballage gelassen.

Nach einer Weile wieder besetzt. Die scharfe Kritik wird geübt an den Verleumdungen der SPD. Reichsbannerarbeiter wissen nicht, wie sie ihre Führer verteidigen sollen. Das einzige, was sie sagen, ist immer wieder die alte Leier, daß beim Volksentscheid die Kommunisten mit den Nazis im Arm gegangen seien. Die Menge ruft: „Kamp nur den Klassenkampf wieder

erklären und laßt die Landtagswahl kommen, da werdet ihr Wunder erleben.“ Schämt euch, als Arbeiter noch solchen Preisen nachzugehen, die unter dem Mantel der Demokratie dem Faschismus den Weg bahnen.“ Auf eines vorbestimmten Sozialisten: „Wenn Dittmar, dann unter!“ Entgegenung: „Lamoh, das hat Weis gesagt. Aber hütet euch vor der proletarischen Dittmar!“
„Nach frei, weitergehen!“ Die Polizei ist wieder erschienen. Die Diskussionen nehmen ihren Fortgang im Gehen auf der Straße. Arbeiter! Hier ist der „Klassenkampf“ wieder, eure Zeitung Weissenfels, sie legt euch die Wahrheit, zeigt euch den Weg.

Weissenfels. Einberufung einer Stadterober- neten erklärung geordert. Die kommunistische Fraktion hat die sofortige Einberufung einer öffentlichen Stadteroberberufung beantragt, um Stellung zu nehmen zu dem drohenden Lohnraub bei den Gemeindevorsteher.

Merseburg-Querfurt

Merseburger Wortblätter treiben able Kommunistenhege

Nächtliche Schieberei in Merseburg
Der Merseburger Korridor, wie das „Merseburger Tageblatt“ brachten Berichte über einen Vorfall, der sich am Donnerstagabend auf dem Neumarkt ereignete. Nach dem Polizeibericht wurden fünf bis sechs Barrenhüllen gefunden. Die Polizei behauptet nicht, daß Kommunisten gefaßt haben, wohl aber die hürgerliche Presse. Am gemeintlich geht das Tageblatt. Es schreibt, daß die Kommunisten auf die Polizei schienen. Der Korridor behauptet, daß eine rote Wollkolonne an einem Arbeiter Nacht haben mochte. Das Tageblatt setzt hinzu, die Einwohner des Neumarktes hätten in unter dem Druck der Kommunisten, daß sie keine Auslagen über den Vorfall machten, weil sie die Sache der Kommunisten fürchten.

Der Grund der niederträchtigen Hege ist in der Linie der gemeinten bürgerlichen Presse zu suchen, die das Verbot der SPD vorbereiten will. Die Arbeiter werden, soweit sie noch Leiter der Schmutzstelle sind, diese zum Haus hinauswerfen und den „Klassenkampf“ abbrechen.

Mansted-Sangerhausen

Richtst. Der „Kämpfer“ beschlaghaft. Auf dem Bahnhof Richtst wurde vom SPD-Amtsanwalt Buller und dem Landrat der „Kämpfer“ beschlaghaft. Nach Meinung des SPD-Amtsanwalters sei der „Kämpfer“ ein Erbschaft für den „Klassenkampf“. Auf die Reichweite im Landratsamt Sangerhausen hin mußte die Freigabe der beschlaggenommenen Zeitungen in die Wege geleitet werden.